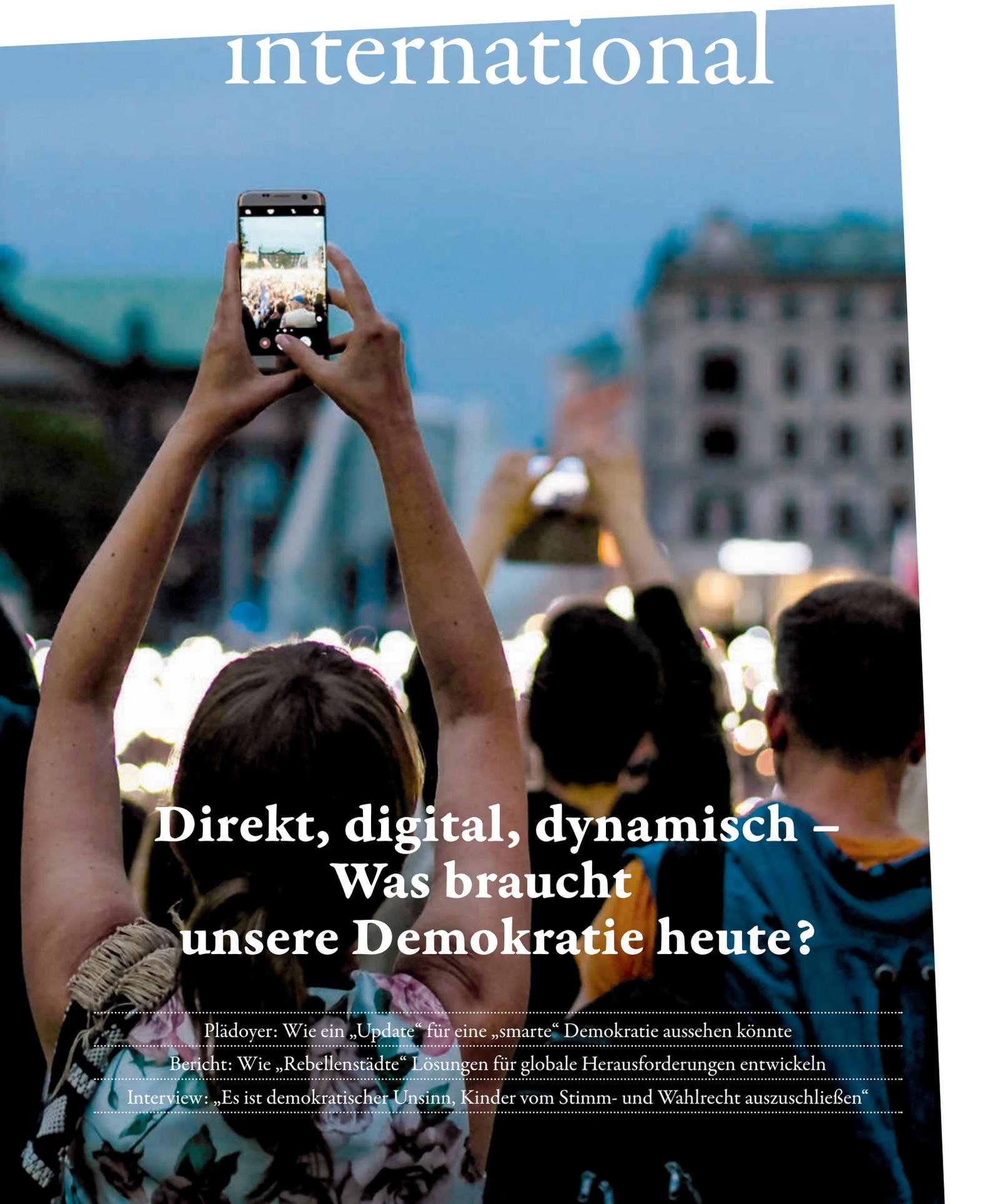


ad hoc international



Direkt, digital, dynamisch – Was braucht unsere Demokratie heute?

Plädoyer: Wie ein „Update“ für eine „smarte“ Demokratie aussehen könnte

Bericht: Wie „Rebellenstädte“ Lösungen für globale Herausforderungen entwickeln

Interview: „Es ist demokratischer Unsinn, Kinder vom Stimm- und Wahlrecht auszuschließen“

Seite 6:
**Soziale Medien als Herausforderungen
für die Demokratie**



Editorial: Seite 1

Zukunft der Demokratie: Seite 2

**Das Staatswesen der Zukunft entwerfen – Plädoyer
für eine „smarte“ Demokratie, von Maximilian Stern**

Neue Formen der politischen Teilhabe: Seite 4

**Bürgerbeteiligung und Losverfahren brauchen einen
festen Platz in der Demokratie, von Yorck von Korff**

Soziale Medien in der digitalen Demokratie: Seite 6

**Fake News, Hate Speech, Bots – Verlieren wir
das Vertrauen in die Demokratie? von Niklas Kossow**

Interview: Seite 8

**„Wir sind eine Gemeinschaft, die über China nach-
denken will – aus China heraus.“ von Likki-Lee Pitzen
und Sarah Weiß**

Neue Formen der Demokratie: Seite 10

**Wie Crowd Think Tanks die Demokratie
neu erfinden, von Florian Egli**

Feedback für die Politik: Seite 12

**Die Regierung fragt und was antworten die Bürger?
von Cornelius Adebahr**

Internationale Wahlbeobachtung in Armenien: Seite 14

**Zählen bis zum (Morgen-)Grauen,
von Sebastian Gräfe**

USA – Aktivismus in der Trump-Ära: Seite 16

**Von Wohnzimmerdemos bis Tinder – neue Formen
des Protests in den USA, von Berenike Schott**

Seite 8:

**„Wir sind eine Gemeinschaft,
die über China nachdenken
will – aus China heraus.“**



Seite 16:
**Aktivismus in der
Trump-Ära**



Städte als Orte des demokratischen Wandels: Seite 18

**Rebellenstädte an die Macht,
von Daphne Büllesbach**

Städtische Bürgerinitiativen: Seite 20

**#DrehdeineStadt: Die Verkehrswende von Unten?
von Steffen Lohrey**

Interview: Seite 22

**„Sobald die Unter-18-Jährigen an Bord des Demokratie-
dampfers sind, werden sie den Kurs des ganzen Landes
kräftig mitbestimmen“, von Stefanie Rinaldi**

Demokratische Werte lernen: Seite 24

**Toleranz durch Schüler*innenaustausch – für alle!,
von Likki-Lee Pitzen**

Erfahrungsbericht: Engagement und Demokratie: Seite 26

**Wie ehrenamtliches Engagement die Demokratie stärkt,
von Sarah Bidoli**

Innovation und Initiative: Seite 28

**Programmieren und Basteln für eine bessere Welt,
von Johanna Havemann**

10 Jahre *ad hoc international* Seite 29

Impressum Seite 29

Liebe Leser*innen!

Was ist aus dem Traum der Demokratie geworden? Populismus und Abschottung befinden sich im Aufwind, während die Bürger*innen das Vertrauen in die „Herrschaft des Volkes“ verlieren. Das Konzept Demokratie muss seine Standfestigkeit und Anpassungsfähigkeit beweisen. Doch wie könnte ein Modell der Zukunft aussehen? Welche Innovationen und Ideen braucht es, um Demokratie zu fördern, ihre Schwachstellen zu überwinden und sie wieder attraktiv zu machen? Diese Fragen beschäftigen im Jahr 2017 nicht nur *nefia* als Netzwerk sondern auch die Ihnen vorliegende Ausgabe der *ad hoc international*.

„Die Digitalisierung unserer Gesellschaft ist eine Zäsur, die ein Update der Demokratie erfordert“, schreibt Maximilian Stern in seinem Plädoyer für eine „smarte“ Demokratie. Eine solche „smarte“ Demokratie wird als lebendige Staatsform gelebt und passt sich an die Bedürfnisse ihrer Bürger*innen an. In diesem Sinne sei es an der Zeit, dass wir „einen virtuellen Dorfplatz schaffen, auf dem wir uns alle treffen und gemeinsam diskutieren, wohin wir als Gesellschaft steuern wollen“. Dass die Umsetzung dieser Vision auch neue Risiken für die Demokratie erschafft, diskutiert Niklas Kossow in seinem Beitrag über soziale Medien. Darin betont er, dass nicht nur die demokratischen Institutionen und Prozesse einen intelligenten Umgang mit den neuen digitalen Möglichkeiten finden sollten, sondern auch Bürger*innen geschult werden müssen, um durch die neue Informations- und Kommunikationslandschaft navigieren zu können. Johanna Havemann beschreibt in ihrem Artikel, wie „virtuelle Dorfplätze“ aussehen könnten, die im Rahmen des *Global Innovation Gathering* geschaffen wurden.

Interdisziplinäre und interaktive Formate der Ideenfindung spielen eine große Rolle bei der Suche nach einer neuer Identität für unsere verstaubt anmutenden Demokratien. So berichtet etwa Florian Egli in seinem Beitrag davon, wie der Schweizer Grassroot-Thinktank *foraus* Hunderte Menschen dazu befähigte, zu der Entwicklung einer neuen Vision für das Migrations- und

Chancenland Schweiz beizutragen. Yorck von Korff beschreibt, wie in Irland, New York und New Orleans Bürgerversammlungen, deren Mitglieder über Losverfahren ausgewählt werden, über fundamentale politische Fragen entscheiden. Cornelius Adebahr reflektiert über die Ergebnisse einer Dialogreihe des Auswärtigen Amtes, in der rund 2000 Teilnehmer*innen in 25 Dialogveranstaltungen in der gesamten Bundesrepublik über die Zukunft Europas diskutierten.

Demokratie lebt nur, wenn wir auch ihre Werte leben, wie etwa die Akzeptanz unterschiedlicher Meinungen. Daher widmen wir zwei Beiträge Projekten, die den Dialog zwischen unterschiedlichen sozialen Gruppen ermöglichen. Likki-Lee Pitzen plädiert in ihrem Beitrag für Schüler*innenaustauschprogramme innerhalb Deutschlands, während Sarah Bidoli darüber reflektiert, wie sich Patenschaftsprogramme in Berlin-Neukölln demokratiefördernd auswirken. Diese Beiträge lenken den Fokus auf einen Teil unserer Gesellschaft, der die Konsequenzen der Politik in der Zukunft trägt, aber in politischen Prozessen oft vergessen wird: Kinder und Jugendliche. Um sie dreht sich auch das Interview mit Thomas Handschin, Vorstandsmitglied der Kinderlobby Schweiz. Handschin argumentiert, es könne der Demokratie schaden, Unter-18-Jährige von Wahlentscheidungen auszuschließen.

Diese Ausgabe der *ad hoc international* zeigt: Demokratie will auch außerhalb der Wahlen und der formellen Parteipolitik gelebt werden. Demokratie verändert sich mit den Bedürfnissen ihrer Bürger*innen, denen sie dient und will so vielfältig sein, wie die Menschen die sie beleben. Wir freuen uns sehr, ein Heft vorzustellen, das zeigt, wie Menschen an unterschiedlichen Orten ihre Zukunft über friedlichen Austausch, Kreativität und Innovation gestalten. Sie sind es, die erfolgreiche Modelle rasant verbreiten, Filterblasen sprengen und die Politik aufmischen – authentisch und tatsächlich bürgernah. Wir wünschen eine anregende Lektüre.



Waleria Schüle



Julia Harrer

✉ Über Leserbriefes freut sich die Redaktion: redaktion@adhoc-international.org, ebenso wie über Besuche auf unserer Seite und einen regen Austausch auf www.facebook.com/adhocinternational.

Das Staatswesen der Zukunft entwerfen – Plädoyer für eine „smarte“ Demokratie

von Maximilian Stern

Im Zeitalter der Digitalisierung braucht die Demokratie ein Update. Wir brauchen eine smarte Demokratie – eine Demokratie, die sowohl neue Technologien zur Entscheidungsfindung verwendet, als auch die Auswirkungen der Digitalisierung auf unsere Gesellschaft berücksichtigt.

Wenn wir über die Zukunft unserer Gemeinschaft und unser Zusammenleben befinden, dann muss jede*r eine Stimme haben. Die Stimme, die man im Wahllokal abgeben kann, steht symbolisch für die allgemeine Legitimation der Demokratie. Ein Stück Papier in eine versiegelte Urne zu werfen, um damit Abgeordnete zu wählen oder gar in direktdemokratischer Manier über einzelne Vorlagen abzustimmen, scheint uns selbstverständlich. Obwohl vielerorts auf der Welt diese politische Teilhabe überhaupt nicht möglich ist, scheinen uns der Gang ins Stimmlokal oder die Briefwahl alternativlos.

Wir vergessen, dass die Art und Weise wie wir uns politisch beteiligen, auf Technologien beruht und sich mit diesen weiterentwickelt. Genau wie der Wahlzettel war auch die Idee, dass wir unsere Stimme an Abgeordnete weitergeben können, damit sie unsere Anliegen vertreten, eine Innovation. Die kleine Kammer vieler Parlamente war eine politische Innovation zum Schutz von Minderheiten. So waren das Initiativrecht oder das Ständemehr in der Schweiz Neuerungen zur Sicherstellung von gesellschaftlicher Inklusion und zum Schutz vor mächtigen wirtschaftlichen Interessen. Diese Innovationen wurden als Reaktion auf die gesellschaftlichen Konsequenzen technologischer Entwicklungen eingeführt. Und zuweilen haben sie sich die neuen Technologien gleich zu eigen gemacht, denken wir etwa an elektronische Abstimmungssysteme im Parlament oder die umfassende Veröffentlichung von Gesetzen und Gesetzesentwürfen im Internet.

Die Demokratie ist eine lebendige Staatsform. Ihr Vorteil ist, dass sie sich an die Bedürfnisse der Bürger*innen anpassen lässt. Und diese Bedürfnisse ändern sich gerade rasant. Die Digitalisierung hat tiefgreifende direkte und indirekte Auswirkungen auf die Art und Weise, wie wir zusammenleben. Unser Arbeitsleben wird flexibler und unsicherer, es erfordert mit zunehmender Lebenserwartung permanentes Lernen. Wir sind in Beruf und Freizeit global mobil geworden und wir verfügen über viel mehr Wissen, Informationen und Daten als jemals zuvor.

Gleichzeitig verfügen wir mit den sozialen Netzwerken über ungeahnte neue Möglichkeiten zur politischen Kommunikation: Zielgerichtet erschaffen wir Filterblasen oder versuchen sie zu durchbrechen, können uns organisieren, beobachten, analysieren.

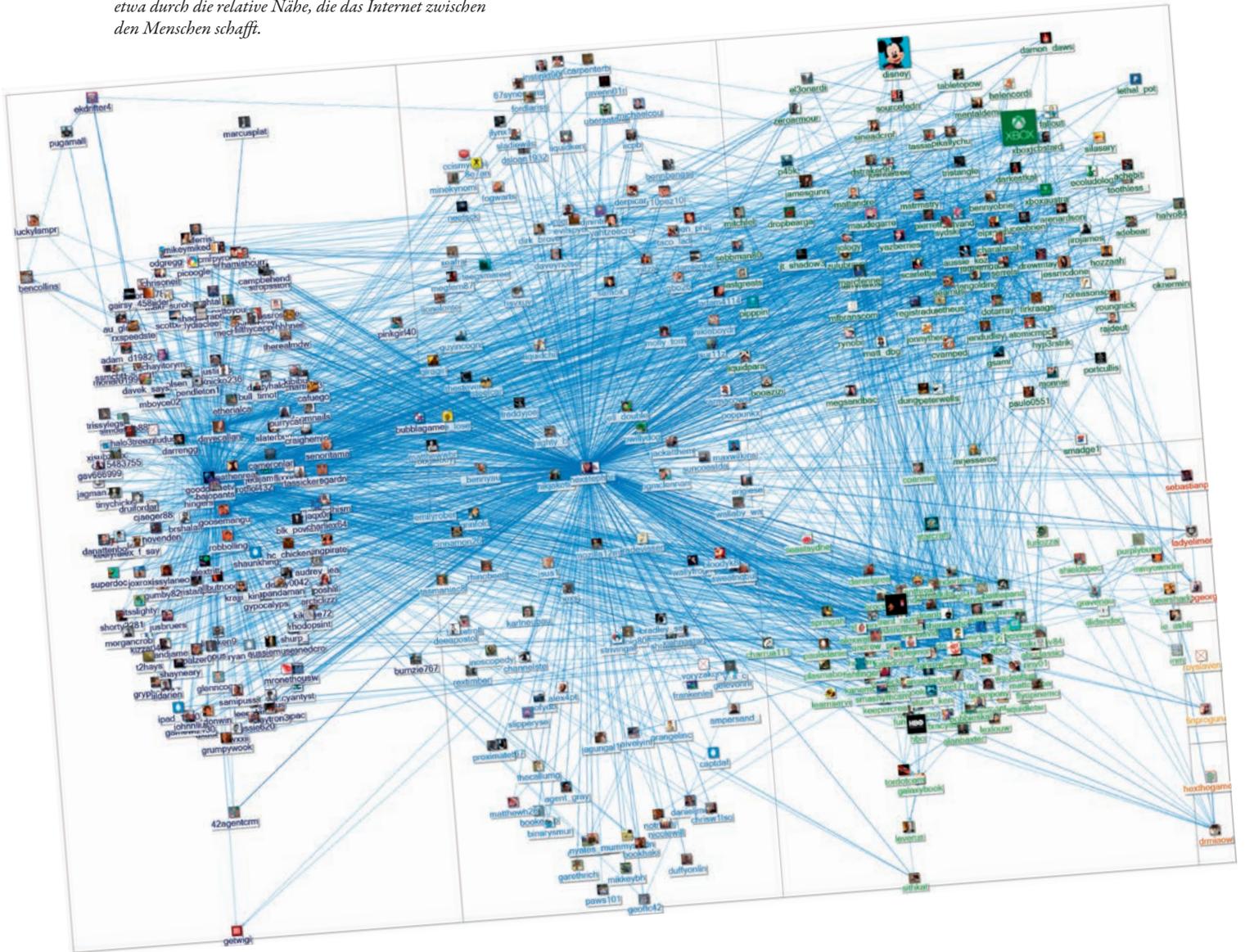
Die Digitalisierung unserer Gesellschaft ist eine Zäsur, die ein Update der Demokratie erfordert.

Die Digitalisierung unserer Gesellschaft ist eine Zäsur, die ein Update der Demokratie erfordert. Unsere Arbeitswelt wandelt sich vom Arbeitnehmer- zum Unternehmertum. Mit der Zunahme virtueller Güter wird Sicherheit im Netz wichtiger, und unsere Gesundheit werden wir mit dem *Internet of Things* völlig anders pflegen und überwachen. Und die Digitalisierung übt direkten Einfluss auf unsere politische Organisation aus. Über soziale Medien und Software wie etwa die Plattform *Nationbuilder* können wir sehr viele Menschen zielgerichtet, sehr schnell mobilisieren. Das wiederum kreiert Filterblasen, die unserem politischen Diskurs andere Rahmenbedingungen aufzwingen. Die klassischen Medien kämpfen mit der Abwanderung von Werbegeldern ins Netz und können so den Auftrag der vierten Gewalt im Staat nicht mehr gleich wahrnehmen. Darüber hinaus bedrohen Hacker – möglicherweise im Auftrag anderer Staaten – die Sicherheit von Wahlen und Abstimmungen und können damit dem System Legitimation entziehen.

Daher muss der Staat, anstatt nur regulieren zu wollen, sich diese neuen Technologien zu eigen machen und in das demokratische System integrieren. Er muss sich in die Debatten einbringen, auch in den sozialen Medien. Er muss mit Tools wie *screendor* neue Gesetze kommentieren, diskutieren und gestalten lassen. Er muss für die notwendige Sicherheit im Netz sorgen, beispielsweise mit staatlichen elektronischen Identitäten.

Die Digitalisierung der Demokratie entsteht aber nicht nur aus technologischem Zwang, sondern auch aus dem Streben nach Legitimität. Wir können dank der Werkzeuge heute mit sehr vielen Menschen interagieren, sie befragen, ihre Ideen aufnehmen, analysieren, und verarbeiten.

↓ Die Dynamik eines Hashtags: Neue Technologien stellen die Demokratie vor Chancen und Herausforderungen, etwa durch die relative Nähe, die das Internet zwischen den Menschen schafft.



Wir können einen virtuellen Dorfplatz schaffen, auf dem wir uns alle treffen und gemeinsam diskutieren, etwas erarbeiten und entscheiden, wohin wir als Gesellschaft steuern wollen. Würde unser Staat keinen solchen Platz bieten (obwohl er die Möglichkeit hätte), betrüge er seine Bürger*innen um ein politisches Recht.

Wir können einen virtuellen Dorfplatz schaffen, auf dem wir uns alle treffen und gemeinsam diskutieren, etwas erarbeiten und entscheiden, wohin wir als Gesellschaft steuern wollen.

Schneller und agiler zu werden bedeutet gleichzeitig aber auch: Die Bedeutung der Bremsen nimmt zu. Auch die Demokratie der Zukunft braucht Reflexionsphasen und Bedenkfristen.

Inklusiver zu werden bedeutet auch: Die Bürger*innen müssen zur Teilnahme befähigt werden. Um einer digitalen Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken, müssen neue Minderheiten integriert und geschützt werden. Das System muss transparent und nachvollziehbar bleiben. Wir müssen sicherstellen, dass der Prozess jederzeit überprüft werden kann, wenn nötig „von Hand“. Die neuen digitalen Bauteile des demokratischen Systems verlangen nach dem Zaumzeug der Rechenschaftspflicht, der Sicherheit, der Transparenz, der Inklusion und des Minderheitenschutzes. Erst dann ist es eine „smarte Demokratie“. ←



Maximilian Stern, Jahrgang 2014/15, ist Mitgründer des Think-Tanks *foraus – Forum Außenpolitik*. Als Vizepräsident des *staatslabors*, setzt er sich für Innovation in der Verwaltung ein. Als Innovationsberater ist er Partner der Firma *crstl GmbH*. max.stern@foraus.ch

Bürgerbeteiligung und Losverfahren brauchen einen festen Platz in der Demokratie

von Yorck von Korff

Der Zustand der Demokratie gibt Anlass zu Sorge. Spätestens seit Donald Trumps Wahlsieg und der Brexit-Abstimmung ist klar, dass unser politisches System auf der Basis von Wahlen und Referenden Ergebnisse produzieren kann, die nur wenigen (Brexit) oder sehr wenigen (Trump) wirklich nützen. Moderne Verfahren der Bürgerbeteiligung können Abhilfe schaffen.

In Österreich stimmte 2016 fast die Hälfte aller Wähler*innen für den FPÖ-Kandidat Norbert Hofer als Bundespräsident, bei den französischen Präsidentschaftswahlen im Mai 2017 erhielt Marine LePen vom Front National 33,9 Prozent der Stimmen. Die nationalistischen Parteien in den europäischen Ländern gewinnen Stimmen, während sich laut einer Umfrage von Eurobarometer fast die Hälfte der Befragten im März 2017 als „unzufrieden mit der Weise, in der die Demokratie in der EU funktioniert“ erklärt haben. Der Historiker David van Reybrouck spricht sich nicht zuletzt deshalb schon im Titel seines Buches „Gegen Wahlen“ aus. Ein Gegenvorschlag: das Los.

Im klassischen Griechenland – und noch bis in die Zeit vor der Französischen Revolution – redete man nur dann von Demokratie, wenn sich die Bürger unmittelbar an Entscheidungen beteiligen konnten, selbst Vorschläge unterbreiteten, und dann auch darüber abstimmten. Diese Bürger wurden nicht gewählt, sondern durch das Los bestimmt. Das Losverfahren garantierte aktive Beteiligung in großer Zahl, Korruption wurde reduziert, die Bürger waren informiert. Legitim und effizient. Natürlich war die Demokratie in Athen nicht perfekt. Frauen konnten zum Beispiel nicht wählen, ein Recht, das ihnen auch in der repräsentativen Demokratie lange verwehrt wurde.

Irland lost seit 2012 Bürger*innen aus, die über fundamentale politische Fragen beraten und abstimmen.

Heutzutage gibt es viele Konzepte, die es Bürger*innen erlauben, sich zu beteiligen. Irland lost seit 2012 Bürger*innen aus, die über fundamentale politische Fragen beraten und abstimmen. Danach entscheidet das Parlament. Gegebenenfalls macht es den Weg frei für ein Referendum, wie etwa bei den Änderungen zum Abtreibungsrecht. Bürgerversammlungen in Irland haben auch noch andere Themen behandelt: Soll die Amtszeit des Präsidenten verlängert werden? Wie kann man den Frauenanteil in der Politik erhöhen? Soll Irland die Ehe für alle einführen? Die Ergebnisse der Abstimmungen und darauf folgenden Referenden sind oft eindeutig und gesellschaftlich richtungsweisend. Und da sie direkt vom Volk kommen, steht ihre Legitimität außer Frage.



← Losen – geht inzwischen digital oder noch ganz klassisch von Hand.

Je pense
donc je ne
vote plus

↗ „Ich denke, also wähle ich nicht mehr.“
Können Losverfahren diesem Politikverdross beugen?

Bürgerversammlungen und ähnliche Verfahren, etwa „citizen juries“, existieren mittlerweile auch in anderen Ländern auf unterschiedlichen politischen Ebenen. New York arbeitete mit 4 300 Bürger*innen zusammen, um Lower Manhattan nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 neu zu planen. New Orleans wählte einen ähnlichen Prozess nach dem Hurrikan Katrina. Noch sind diese Ansätze aber nicht etablierter Teil des Systems. Viele Bürger*innen und Politiker*innen bleiben in dem Irrtum, Bürgerversammlungen seien inkompetent oder nicht repräsentativ. Dabei trifft das Gegenteil zu.

Die ausgelosten Bürger*innen nehmen ihre Aufgabe sehr ernst, sie sind wenig anfällig für Korruption.

Die ausgelosten Bürger*innen nehmen ihre Aufgabe sehr ernst, sie sind wenig anfällig für Korruption. Mit Hilfe von Expert*innen sind sie schnell auf dem aktuellen Sachstand und arbeiten dadurch auf einem hohen Kompetenzlevel im Hinblick auf das jeweilige Thema. Im Übrigen sind sie in Berufsgruppe, Geschlecht und Alter oft sehr viel repräsentativer für die Gesellschaft als die nationalen Parlamente.

Bürgerversammlungen sind außerdem befreit von blockierenden Konflikten. Politiker*innen im Parteiensystem stehen sich – vor allem in der Zeit des Wahlkampfes – in ihren Blöcken relativ kompromisslos gegenüber. Die Kommunikation in Formaten der Bürgerbeteiligung wird hingegen gewöhnlich durch professionelle Moderation unterstützt, die Empathie und ein positives Klima gewährleistet. In der repräsentativen Demokratie fehlen solche Dinge oft.

Es ist daher an der Zeit, Bürgerbeteiligung und Losverfahren einen festen Platz auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene zu geben. Irland zeigt, dass es funktionieren kann. ←



Yorck von Korff, Jahrgang 1995/96, ist Moderator, Mediator und Berater für Beteiligungsprozesse. Er arbeitet in Landplanungsprozessen, internationaler Kooperation, und Organisationsentwicklung. Yorck wohnt und arbeitet in Montpellier, Frankreich. yorck.von-korff@flow-ing.fr (www.flow-ing.fr)

Fake News, Hate Speech, Bots – Verlieren wir das Vertrauen in die Demokratie?

von Niklas Kossow

Hate Speech, Fake News, Manipulationskampagnen – in den vergangenen Jahren wurde unsere Medienlandschaft und somit auch unsere Demokratie auf den Kopf gestellt. Dabei sollten wir uns nicht zu Opfern der sozialen Medien machen, sondern vielmehr lernen mit ihnen umzugehen.

Die Euphorie über soziale Medien und das Zeitalter der digitalen Demokratie war groß. Das Internet sollte uns mehr Transparenz, eine nahbare Politik und endlich einen gesamtgesellschaftlichen öffentlichen Diskurs ermöglichen. Trotzdem gab es schon vor Jahren einige, die den neuen Medien mit einer gesunden Prise Skepsis gegenüberstanden. Jürgen Habermas, der große Theoretiker des Strukturwandels der Öffentlichkeit, warnte schon 2008 davor, dass die Qualität öffentlicher Debatten abnehmen, und dass sich die Öffentlichkeit im virtuellen Raum in durch „Spezialinteressen zusammengehaltene Zufallsgruppen“ zersplittern könnte. Die vergangenen anderthalb Jahre scheinen diese Ängste zu bestätigen. Heute reden wir von Filterblasen. In den Wahlkampagnen zum Brexit-Referendum und der US-Präsidentenwahl wirkten soziale Netzwerke wie Facebook

viel mehr wie unsoziale Medien, die öffentliche Debatten unterminieren, anstatt sie zu beleben. Zu der Verrohung des öffentlichen Diskurses durch *Hate Speech* kam eine neue Art von Propaganda durch *Fake News* und gezielte Hackingangriffe. Datengesteuerte Informations- und Manipulationskampagnen, oft in Verbindung gebracht mit dem britischen Unternehmen *Cambridge Analytica*, ließen Wahlkämpfe wirken wie eine Farce. Es entsteht der Eindruck, dass soziale Medien uns die Grundlage unserer Demokratie unter den Füßen wegziehen.

Die Euphorie über soziale Medien und das Zeitalter der digitalen Demokratie war groß.

Doch es ist nicht nur Pessimismus angebracht. Auf viele Arten haben das Internet und die sozialen Medien unsere Demokratie nachhaltig positiv verändert. Online-Petitionen fragen die Meinungen vieler Bürger*innen ab, Politiker*innen treten per *Twitter* oder *Facebook* direkt mit ihren Wähler*innen in Kontakt und mehr Menschen beteiligen sich an öffentlichen Debatten.

↓ *Soziale Medien gehören zum Alltag, insbesondere bei Jugendlichen.*



← Bulat Nurmukhanov studiert in Peking und ist Projektverantwortlicher bei TIC.

„Wir sind eine Gemeinschaft, die über China nachdenken will – aus China heraus.“

Ein Gespräch über ein neues Peking Diskussionsformat mit Kneipencharm

Auf der Suche nach neuen Ansätzen für gesellschaftliche Partizipation führt uns die Reise auch nach Peking. Dort erfreut sich ein neues Format wachsender Beliebtheit, das Ungezwungenheit abends an der Bar mit intellektuellen Fragestellungen paart und inhaltlichen Austausch zwischen jungen Chines*innen und Ausländer*innen fördert. Um mehr über dieses neue Format namens „ThinkIn China“ (TIC) zu erfahren, sprachen wir Bulat Nurmukhanov, Student der Internationalen Beziehungen an der Renmin Universität in Peking und Projektverantwortlicher bei TIC.

ad hoc: Was ist „ThinkIn China“?

Nurmukhanov: TIC wurde 2010 von einer Gruppe junger Wissenschaftler*innen in einem beliebten Café Pekings als informelle Plattform außerhalb der Universitäten gegründet, auf der sich chinesische und ausländische Akademiker*innen jeden Alters Ideen austauschen können. Um diese Plattform formte sich durch monatliche Diskussionsabende mit bekannten chinesischen Intellektuellen eine rege Gemeinschaft. Unsere Events helfen vor allem jungen Akademiker*innen, leichteren Zugang zur Wissenschaftsszene Pekings zu finden. TIC kann als ein Raum gesehen werden, in dem sich Leute treffen und Ideen entfalten. Es ist ein junges, hochinteressiertes Netzwerk, das an Wissen durch direkte Erfahrung glaubt. Wir sind eine Gemeinschaft, die über China nachdenken will – aus China heraus.

ad hoc: Was ist besonders am TIC-Format und wie unterscheidet sich TIC von anderen Initiativen?

Nurmukhanov: TIC veranstaltet Events im Bridge Café im Wudaokou District, dem akademischen Herzen Pekings, in dem sich die bekannten Unis der Stadt befinden. Uns zeichnet aus, dass wir unabhängig von formellen Regeln sind, die Universitäten zum Beispiel bei der Wahl der Redner*innen oder Themen auferlegen. Wir bringen wissenschaftliche Themen mit Spaß zusammen und gewinnen so auch Teilnehmende, die sich sonst nicht mit modernen Chinawissenschaften beschäftigen. Wir interagieren viel mit dem Publikum und die Events können im Netz verfolgt werden. Gerne nutzen wir auch neue Medien wie WeChat Live, was den Teilnehmer*innen ermöglicht, sich aktiv in die Debatte einzubringen, Kommentare beizusteuern oder Links zu teilen, sodass die Diskussion auch nach dem Event weitergeht. Die Diskussion klingt entspannt bei Bier und Pizza aus, was wir mit Unterstützung unserer Partnerinstitutionen [wie dem Torino World Affairs Institute, China Center Tübingen, Karl Schlecht Foundation/Redaktion] und zusätzlicher Fördernder kostenlos anbieten können.

ad hoc: Wie bist du bei TIC gelandet und was ist deine Rolle dort?

Nurmukhanov: Ich wurde 2014 von einem Freund eingeladen, der schon Mitglied war, und erkannte nach dem ersten Event schnell, wie einzigartig dieses Format ist und dass ich Teil dieser Gemeinschaft sein möchte. Nach meinem Beitritt war ich als Associate zunächst dafür zuständig, TIC-Abende zu bewerben und potentielle Redner*innen ausfindig zu machen. Vergangenes Jahr wurde ich dann Projektverantwortlicher, wodurch ich nun das Team leite und für Teambuilding, interne und externe Angelegenheiten, die strategische Planung und die Entwicklung neuer Partnerschaften zuständig bin.

ad hoc: *Wie funktioniert TIC? Also wer nimmt an den Diskussionen teil, welche Sprache wird verwendet und wie werden Redner*innen und Themen ausgewählt?*

Nurmukhanov: Die monatlich stattfindenden Veranstaltungen beginnen jeweils um 19 Uhr. Erst sprechen die Redner*innen für 45 Minuten, anschließend gibt es eine 30-minütige Frageunde. Danach geht es zum informellen Teil und der Open-End-After-Party. Normalerweise kommen rund 150 Interessierte zwischen 20 und 28 Jahren: Studierende, junge Wissenschaftler*innen und Diplomat*innen, von denen gut 80 Prozent aus Westeuropa, den USA und Australien kommen. Wir sprechen Englisch, um auch ausländischen Teilnehmenden, die kein Mandarin verstehen, die Chance zu geben etwas über China aus der chinesischen Perspektive zu lernen. Manchmal haben wir auch chinesische Redner*innen, deren Englisch nicht so gut ist. Dann organisieren wir Übersetzer*innen, sodass TIC wirklich eine Brücke zwischen dem Westen und China sein kann. Außerdem haben wir angefangen, mehr auf Chines*innen und auch Leute aus anderen asiatischen Ländern zuzugehen. Die Themen werden nach Relevanz ausgewählt. Wenn es zum Beispiel ein Ereignis wie das Brexit-Referendum gibt, machen wir etwas dazu. Kürzlich hatten wir den ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Romano Prodi zu Gast, der auch live von Caixin Global interviewt wurde, dem chinesischen Pendant der Financial Times.

↓ *Orte des Austausches: Studikneipen und Bistros in Peking laden zum Verweilen ein.*



ad hoc: *Gab es vor TIC ähnliche Formate in Peking und gibt es Imitatoren oder Ableger in anderen Städten?*

Nurmukhanov: In Hangzhou und Chengdu hat TIC je ein Event organisiert. Es läuft alles auf die Frage der Finanzierung hinaus, wenn wir Events in anderen Städten organisieren wollen. Offen gesagt: Es gibt mehr Möglichkeiten in Peking und es ist auch außerhalb deutlich schwieriger Redner*innen zu finden, die gut Englisch sprechen. Daher ist es kompliziert das TIC-Format in kleinere Städte zu übertragen. Ich schätze, das wird noch mindestens fünf Jahre dauern. Vor uns gab es dieses Format noch nicht und von den wenigen Ansätzen, unsere Idee zu replizieren, war bisher noch keiner wirklich nachhaltig. Unsere Stärke ist, dass wir unsere Events kostenlos anbieten und auf verpflichtende Anmeldungen verzichten, was uns sehr flexibel und zugänglich macht.

ad hoc: *Lieber Bulat, wir danken dir für das Gespräch.*

Interview: Likki-Lee Pitzen und Sarah Weiß.

Bulat Nurmukhanov ist ein russischer Student der Internationalen Beziehungen an der Pekinger Renmin Universität. Durch das Studium auf Chinesisch und Studienreisen ins Ausland ist er ein Kenner von Chinas inneren und außenpolitischen Angelegenheiten. bulat-nurmukhanov@hotmail.com



Likki-Lee Pitzen, Jahrgang 2016/17, weiß, dass bei erneuerbaren Energien noch einiges geht. Das Kollegjahr führte sie zum World Bank Energy Team nach Jakarta und zu IFC Advisory nach Washington, wonach sie dem Lockruf der Off-Grid Finanzierung folgte und zu LHGP nach Nairobi ging. likkilee@gmail.com



Sarah Weiß ist derzeit bei der Deutschen Bank tätig und betreut dort im Bereich Regional Management strategische Projekte in der Region Europe, Middle East and Africa und arbeitet zu Governance und regulatorischen Themen. Während des Mercator-Jahres 2013/2014 beschäftigte sie sich mit wirtschaftlicher regionaler Integration in Asien. Sa-weiss@gmx.de



Wie Crowd Think Tanks die Demokratie neu erfinden

von Florian Egli

Viele halten es mit Churchill und finden, die Demokratie sei „die schlechteste aller Regierungsformen – abgesehen von allen anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind“. Ist sie das aber auch der Fall in der globalisierten und technologisierten Welt von heute?

Am 30. Oktober 2016 unterzeichneten der Europäische Rat, die Kommission und die kanadische Regierung das Freihandelsabkommen CETA. Im Vorfeld sammelten zivilgesellschaftliche Organisationen in der EU über drei Millionen Unterschriften gegen das Abkommen. Was genau wollen diese drei Millionen Bürger*innen? Inhaltlich können sie sich nicht einbringen. Wahlen, Abstimmungen oder Klagen sind weiterhin die stärksten Instrumente der Teilhabe, erlauben jedoch nur eine Äußerung ex-post und sind weder nuanciert noch konstruktiv. Ein anderes Beispiel findet sich in Großbritannien. Wie sollen 50:50-Entscheidungen wie der *Brexit* interpretiert werden? Was heißt harter oder weicher *Brexit* und wie kann die Bevölkerung eine Präferenz ausdrücken? Vielleicht hinge die Wahl zum Beispiel vom Verhandlungsergebnis ab, das aber vorab nicht bekannt ist.

Die Verlockung ist groß, dieser Komplexität mit rhetorischen Schnellschüssen und Populismus zu begegnen. Obsiegt aber der Populismus als bestes Mittel zur politischen Macht, verliert die Demokratie an Glaubwürdigkeit. Anstatt relevanter Debatten werden plakative Scheingefechte über Schleier, die „Unterwanderung“ der Sozialwerke, oder den „Souveränitätsverlust“ geführt.

Dagegen helfen zwei Dinge. Erstens muss die demokratische Partizipation einfacher werden und über eine Abstimmung oder Wahl hinausgehen und zweitens müssen Informationen besser zugänglich und verständlicher sein. Hier kommt Hilfe von unerwarteter Seite: Die technologische Entwicklung der vergangenen Jahre hat nicht nur zur Entstehung von Filterblasen geführt und damit die Polarisierung befeuert, sie ermöglicht es uns auch, Partizipation neu zu denken.

Erste Experimente gibt es schon: In Estland konnten Bürger*innen 2007 erstmals elektronisch abstimmen. In Irland erarbeiteten 33 gewählte Politiker*innen und 66 ausgeloste Bürger*innen Vorschläge für eine Verfassungsreform. Mit *foraus*, dem ersten außenpolitischen *Crowd Think Tank* versuchen wir solche neuen partizipativen Modelle zu entwickeln. 2009 haben wir ein Ideenlabor gegründet, in dem heute über 1 000 junge Leute in ehrenamtlicher Arbeit innovative Lösungsansätze für die internationale Politik entwickeln. Mitmachen können alle.



Die Eintrittshürden sind bewusst niedrig, weil die Debatten so breit wie möglich sein sollen. Interessierte melden sich bei thematischen Arbeitsgruppen und finden über das Netzwerk unserer Denkfabrik Mitautor*innen. Für inhaltliche Analysen, bietet *foraus* einen strukturierten Review-Prozess, der die Qualität sicherstellt.

Die technologische Entwicklung hat nicht nur zur Entstehung von Filterblasen geführt, sie ermöglicht es uns auch, Partizipation neu zu denken.

Über die vergangenen zwei Jahre organisierte *foraus* sogenannte „PoliTische“, an denen mehrere hundert Personen in der ganzen Schweiz bei einem Abendessen über die Zukunft der Schweiz als Migrationsland diskutierten. Die Diskussionen wurden digital über ein *crowdsourcing tool* weitergeführt, wobei alle Schweizer*innen Ideen einbringen und bestehende Ideen bewerten konnten. Entstanden ist daraus das Buch „Neuland“, welches eine Vision des Migrations- und Chancenslands Schweiz im 21. Jahrhundert beschreibt. Die Vision ist, anders als bei etablierten Think Tanks, nicht in den Köpfen ausgewählter Expert*innen entstanden, sondern ist das Produkt unzähliger engagierter Diskussionen.



↑ Moderator Nicola Forster, Präsident des Schweizer Think Tanks *foraus*, moderiert die außenpolitische Diskussion einer Gruppe von Bürger*innen im Open Situation Room.



↑ Im Mai 2016 beschloss die Landsgemeinde, die Bürgerversammlung des Kantons Glarus, viele kleine Gemeinden zu drei großen zu fusionieren.

Das Design des Modells von *foraus* wurde von der direktdemokratischen Tradition in der Schweiz inspiriert, es hängt aber zum Glück nicht davon ab. In Berlin wurde vor zwei Jahren „Polis180“ nach dem Vorbild von *foraus* gegründet. Er ist schon jetzt einer der Top 10 der neuen Think Tanks weltweit. In Paris und London sind mit „argo“ und „agora“ dieses Jahr weitere Crowd Think Tanks entstanden – USA, Österreich und weitere Länder sind in Planung. Wir bauen die Infrastruktur für den ersten globalen offenen Think Tank mit der Vision, ein globales Match-Making aufzubauen, das international die besten Köpfe für Lösungsvorschläge und die Kommunikation komplexer Sachverhalte zusammenbringt.

Konkret ist im Frühjahr eine erste internationale Publikation zu Reformideen in Europa, *europe.think.again*, entstanden. Für die Bundestagswahlen im Herbst ist ein deutsch-schweizerisches Expertenduo zur Kommentierung geplant. Außerdem laufen gerade ein deutsch-französisches Projekt zur europäischen Sicherheitsarchitektur sowie ein europäisches Projekt zur Inklusion von politikfernen Bevölkerungsgruppen an.

Mit diesem globalen Netzwerk von offenen Think Tanks hoffen wir, die Polarisierung der Gesellschaft etwas aufzubrechen und konstruktiv mit breiten Teilen der Bevölkerung an den komplexen Problemen unserer Zeit zu arbeiten. Der Klimawandel, die Digitalisierung und die künstliche Intelligenz werden kommen und die Demokratie findet auf diese Herausforderungen nur nachhaltige Antworten, wenn sie schneller und partizipativer wird. ←



Florian Egli, Jahrgang 2015/16, ist Vizepräsident des außenpolitischen Think Tanks *foraus* und promoviert an der ETH Zürich zum Thema Innovation in der Finanzierung erneuerbarer Energien in Europa. florianegli@gmail.com

Die Regierung fragt – was antworten die Bürger?

von Cornelius Adebahr



↑ Rund 120 Menschen diskutierten in der zweiten Bürgerwerkstatt Außenpolitik am 10. März 2017 in Berlin Fragen zur Zukunft Europas.

Am Anfang des Bürgerdialogs „Welches Europa wollen wir?“ standen nicht die Menschen im eigenen Land, sondern die in Großbritannien: Der Schock der dortigen Brexit-Entscheidung saß auch bei den Beamt*innen im Auswärtigen Amt (AA) sehr tief. Doch Abhilfe war zum Greifen nah: Bereits mit der Review 2014 hatte sich das AA für bürgernahe Formate wie Umfragen und innovative Konzepte wie Townhall-Meetings (bei denen Regierungsvertreter einer Gruppe von Bürger*innen Rede und Antwort stehen) geöffnet. Nun konnte es den Schrecken nach der Abstimmung recht schnell in produktive Kanäle lenken.

Die Idee war, genau den sachlichen Dialog über Europa zu führen, der im hitzigen Klima des Referendums auf der Insel nicht möglich war. Zuhören stand also an erster Stelle: Es ging darum, die Sorgen der Bürger*innen aufzunehmen. Auf eine Auftaktkonferenz in Berlin folgten 25 Dialogveranstaltungen quer durch die Republik. Dort stellten sich hochrangige Amtsvertreter*innen der Öffentlichkeit. Von Rostock bis Rosenheim und von Wiesbaden bis Weimar diskutierten die Vertreter*innen des AA im Winter 2016/17 mit Bürger*innen. Dazu gab es

fünf halbtägige Sonderveranstaltungen „Open Situation Room“: Teilnehmer*innen entwickeln eigene Projektideen zum besseren Europadialog. Der Abschluss der Gesamtreihe, die zweite „Bürgerwerkstatt Außenpolitik“, widmete sich diesmal ausschließlich dem Thema Europa. Nach einer Diskussion mit dem neuen Außenminister, Sigmar Gabriel, arbeiteten rund 120 Bürger*innen im Weltsaal des AA ihre Vorstellungen von Europa aus.

Die Idee war, einen sachlichen Dialog über Europa zu führen und die Sorgen der Bürger*innen aufzunehmen.

Unter dem Stichwort „Partizipation“ sind an diesem Vorhaben zwei Dinge bemerkenswert. Erstens erreichte das Amt über die Veranstaltungsreihe selber zwar nicht so viele Menschen wie erwartet – statt 150 Personen pro Diskussion lag der Schnitt bei 80 Teilnehmenden. Dafür erreichten die Berichte in der Regionalpresse und die Social Media-Inhalte des AA zur Dialogreihe fast drei Millionen Adressat*innen. Des Weiteren



ließ das Niveau der Beiträge ein gesundes Maß an europapolitischen Vorkenntnissen erkennen, weshalb die Diskussionen auch für die Beamt*innen durchweg gewinnbringend waren.

Das bringt – zweitens – die Frage nach der Zielgruppe der Reihe zutage. Absolute EU-Gegner verirrt sich kaum zu den Veranstaltungen. Grundsätzlich waren alle Bürger*innen angesprochen, an den Dialogen teilzunehmen. Die Townhall-Gespräche waren offene Veranstaltungen ohne Anmeldung. Zwar waren die Veranstaltungsorte bewusst nach ihrer Zugänglichkeit gewählt, aber Rathäuser, Theater und Museen werden eben nicht von allen Menschen gleichermaßen frequentiert.

Es waren keine Wohlfühldialoge.

Doch zeigte sich, dass der Austausch lohnt. Zum einen war genügend Kritik am Zustand der EU sowie einzelnen Positionen der Bundesregierung zu hören; es waren also keine Wohlfühldialoge. Zum anderen ließ das Publikum spüren, für wie wichtig es das Bemühen von Seiten der Regierung um den Dialog hielt. Viele von ihnen äußerten im Vorfeld die Erwartung, ein offenes, friedliches und demokratisches Europa mitgestalten zu wollen. Die Tatsache, dass sich hochrangige Beamt*innen aus der Hauptstadt in die Regionen aufmachten, um dort den Bürger*innen zum Gespräch zur Verfügung zu stehen, ließ sie nicht unbeeindruckt.

Und wie lauten die Antworten der Bürger*innen auf die Ausgangsfrage: Welches Europa hätten Sie denn gern? Um wenigstens eine „Näherungsantwort“ zu erhalten, ließ das Amt die Diskussionen analytisch zusammenfassen: Welche Beiträge machten auf Stärken bzw. Schwächen der EU selbst aufmerksam und welche auf die Chancen oder Gefahren im Umfeld Europas?

← Neben Austauschplattform und Ideenschmiede waren die Ergebnisse der Veranstaltungen auch eine Rückmeldung der Bürger*innen an das AA.

Das so entstehende Bild zeichnet weitaus mehr Schwächen als Stärken, mehr Gefahren als Chancen für die EU – so weit, so erwartbar angesichts des öffentlichen Diskurses über die europäische Malaise. Die genannten Schwächen rangierten dann wiederum vom Mangel an Solidarität (auch finanzieller Art), über das Beklagen, 70 Jahre Frieden und Freiheit würden nicht hoch genug geschätzt, bis zur bekannten Bürgerferne des Brüsseler Betriebs. Die einen schalten die EU für ihre Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen, die anderen für ihren Regulierungswahn.

Dabei stellten die Bürger*innen oftmals hohe Erwartungen gerade an solche Politikbereiche, für welche die Entscheidungskompetenz weiterhin bei den Mitgliedstaaten, nicht der EU, liegt, wie etwa Verteidigungs- oder Arbeitsmarktpolitik und Steuerharmonisierung. Gleichzeitig sahen viele Teilnehmer*innen in der derzeit größten Bedrohung auch die größte Chance für die EU: Die Brexit-Entscheidung, die Trump-Wahl sowie das Erstarken populistisch-nationalistischer Elemente in den Mitgliedstaaten sollten Entscheidungsträger als Weckruf begreifen und die Arbeit an einem demokratischen und solidarisches Europa verstärken.

In diesem Sinne wurde das AA über den „Umweg“ des Bürgerdialogs in seinem eigenen Arbeitsauftrag bestärkt. Die Interaktion mit den Bürger*innen bringt nicht notwendigerweise neue Ideen oder Erkenntnisse hervor. Dafür bietet sie den Diplomaten*innen direkte Rückmeldung zur eigenen Arbeit und stärkt allein durch das informierte Gespräch das (gefühlte) Mitspracherecht der Bürger*innen. Auch wenn die unmittelbare Einflussnahme derselben über ihre jeweiligen Abgeordneten und deren parlamentarische Mitwirkung laufen sollte, so bietet der Dialog mit der Exekutive eine sinnvolle Ergänzung. Angesichts der gegenwärtigen Verwerfungen im transatlantischen Verhältnis könnte die nächste Frage für eine solche Veranstaltungsreihe lauten: „Welche Partnerschaft mit den USA wollen wir?“ ←



Dr. Cornelius Adebahr ist Politikwissenschaftler und selbständiger Unternehmer. Als Analyst, Berater und Lehrbeauftragter ist er für deutsche Stiftungen, europäische Einrichtungen sowie international ausgerichtete Institute und Universitäten tätig, darunter die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), das Carnegie Endowment for International Peace und die Hertie School of Governance in Berlin. In seinem Kollegjahr 2002/03 arbeitete er in Berlin, Sarajewo und Brüssel zur Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. cornelius@adebahr.eu

Zählen bis zum (Morgen-)Grauen

von Sebastian Gräfe

Ein überfülltes Wahllokal im Norden der armenischen Hauptstadt Jerewan: Lilit Mansurian (Name von der Redaktion geändert) ist Beobachterin von „Yelk“, der wichtigsten (neugegründeten) Oppositionspartei, und macht im Wahllokal lautstark auf einen Mann aufmerksam. Er hatte erneut eine ältere Dame in die Wahlkabine begleitet, war dazu aber nicht berechtigt. Die Vorsitzende des Wahlvorstandes schritt nur widerwillig ein – die Wahlbeeinflussung offensichtlich. Gegen die vor dem Wahllokal stehende Gruppe von Männern, die den ganzen Tag bereitstanden, um Wähler*innen zu begleiten, unternahm sie trotzdem nichts. Die anwesende Polizei war vielmehr im angenehmen Plausch mit den „Wahlhelfern“ vertieft – obwohl das neue Wahlgesetz die Auflösung einer solchen Gruppe gefordert hätte. Ob der Zustände im Wahllokal fragte mich unsere armenische Dolmetscherin aufgewühlt: „Kannst Du nicht einschreiten?“

Sonntag, 2. April 2017: Ich bin unterwegs als Wahlbeobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im Jerewaner Stadtteil Arabkir. In dem dicht bebauten Viertel lebt eine eher höher gebildete und politisch interessierte Bevölkerung, stark umkämpft von Regierung und Opposition, mit unterschiedlichen Ansichten über das Verhältnis zur Europäischen Union (EU). Zwar betrachten viele Armenier*innen ihr Land als integralen Bestandteil Europas, gerade als erstes Land, in dem im Jahr 301 das Christentum zur Staatsreligion erhoben wurde. Aber die Regierung schreckte im Jahr 2013 auf russischen Druck hin vom Abschluss eines EU-Assoziierungsabkommens zurück.

Im Frühjahr wurde eine abgespeckte Version in Form eines sogenannten vertieften und umfassenden Partnerschaftsabkommens mit der EU unterzeichnet. Die Oppositionspartei Yelk möchte die Zusammenarbeit mit der EU ausbauen; die Republikanische Partei, die führende Partei der bisherigen Koalitionsregierung, hingegen den russlandfreundlichen Kurs fortsetzen. Ein Großteil der armenischen Unternehmen ist inzwischen in russischem Besitz. Der im Jahr 2015 von Moskau forcierte Beitritt in die Eurasische Wirtschaftsunion erbrachte aber keine Impulse für die eigene Wirtschaft. Vielmehr schlagen die aufgrund der Krim- und Ostukraine Krise gegen Russland erlassenen Wirtschaftssanktionen auch im Südkaukasus durch.

Die Menschen sind auf die Rücküberweisungen der vielen in Russland arbeitenden Armenier*innen angewiesen. Steigende Strompreise trieben die Bürger*innen im Jahr zuvor auf die Straßen. Mit 5 000 eigenen in Armenien stationierten Soldaten verfolgt Russland zudem geostrategische Interessen in der Region. Der ungelöste Bergkarabach-Konflikt mit Aserbaidschan blockiert jeden Fortschritt zur Entspannung in der Region.

In dieser Situation waren die Armenier*innen aufgerufen, ein neues Parlament zu wählen. Die OSZE entsandte 250 Wahlbeobachter*innen. Ich besuchte gemeinsam mit einer US-Amerikanerin am Wahltag zehn Wahllokale in Arabkir und verfolgte bis 4 Uhr morgens die Auszählung in einem Wahllokal. Das Ergebnis der von uns beobachteten Auszählung bestätigte das vermutete bessere Abschneiden der Opposition in diesem Teil Jerewans. Bei einer landesweiten Wahlbeteiligung von knapp über 60 Prozent konnten die Republikanische Partei 49,15 Prozent und Yelk 7,78 Prozent erzielen; erstere entschied sich inzwischen für die Fortsetzung der vorhergehenden Koalitionsregierung mit der Partei „Armenische Revolutionäre Föderation“.

Anwesende Parteienvertreter*innen beteiligten sich unerlaubt am Auszählen.

Auch wenn der Wahl- und Auszählungsprozess insgesamt gut organisiert war, zog sich das Auszählen über acht Stunden hin, etwa weil vieles handschriftlich in die Protokolle eingetragen werden musste. Anwesende Parteienvertreter*innen beteiligten sich unerlaubt am Auszählen. Es gab keine kohärente Interpretation von als ungültig anzusehenden Stimmzetteln. Während des Wahltages stellte sich in einzelnen Fällen heraus, dass Parteienvertreter*innen unter dem Deckmantel unabhängiger Beobachter*innen von teils fiktiven Nichtregierungsorganisationen eine falsche Identität angenommen hatten.

Die Überprüfung der Dokumente der Wähler*innen und die Abnahme ihrer Fingerabdrücke mit u. a. von Deutschland finanzierten Maschinen nahm zu viel Zeit in Anspruch. Viele Wähler*innen waren zudem vom komplizierten Wahlverfahren überfordert. So entstanden Staus vor und in den Wahllokalen.



↙ Kurz vor der Eröffnung des Wahllokals:
Der Leiter des Wahlvorstandes zeigt
den Wahlbeobachter*innen, dass die Wahlurne
leer ist und versiegelt sie.



↑ Stimmenausählung morgens um 3 Uhr:
Das Papier auf dem Boden sind keine Stimmzettel
sondern Papierumschläge.

↓ Eine Straße in Armeniens Hauptstadt Jerewan.



Und dann der Missbrauch des sogenannten begleiteten Wählens durch zweifelhafte „Begleiter“. Wenn man als OSZE-Wahlbeobachter*in Zeuge von Wahlfälschung oder -beeinflussung ist, gibt es nur eine Option: Auf keinen Fall eingreifen, sondern im Beobachtungsformular das entsprechende Feld ankreuzen. So meldeten OSZE-Wahlbeobachter*innen unerlaubte Wahlbeeinflussungen aus sieben Prozent der besuchten Wahllokale – eine derart hohe Quote ist wahlentscheidend. Die OSZE sprach auch aus diesem Grund am Tag nach der Wahl von einem Mangel an Vertrauen der Öffentlichkeit in die Wahlen an sich.

**Als Zeuge von Wahlfälschung
oder -beeinflussung gibt es
nur eine Option:
Auf keinen Fall eingreifen,
sondern im Formular das
entsprechende Feld ankreuzen.**

Technik im Wahllokal sollte dem Betrug vorbeugen. Während in vielen post-sowjetischen Ländern die politische Opposition in der Einführung von Technik, etwa Überwachungskameras, Computer zur Ausweisverifizierung und Abnahme von Fingerabdrücken, die Chance sieht, Wahlbetrug aufzudecken oder zu minimieren, wird in zahlreichen westeuropäischen Ländern der Einsatz von mehr Technik aufgrund von datenschutzrechtlichen Bedenken oder der Möglichkeit der externen Manipulierung abgelehnt.

**Technik im Wahllokal sollte
dem Betrug vorbeugen.**

Zwar ist das Bestreben der armenischen Opposition nach mehr Transparenz durch Technik nachvollziehbar. Wenn die Haupthindernisse für freie und faire Wahlen aber in der politischen Kultur des Landes bestehen, geprägt von Korruption und beschränktem Zugang zu Medien, ist die Wirkung westlicher technischer Hilfe begrenzt. Daher muss die armenische Gesellschaft den steinigen Prozess hin zu einer demokratischeren Gesellschaft vorantreiben. Der Opposition hilft dabei die kritische Erklärung der OSZE, mehr Reformen einzufordern. Gleichzeitig gibt es viel Raum für Verbesserung für die EU und die deutsche Bundesregierung, den Kaukasus nicht erst wieder bei der nächsten Krise wahrzunehmen. ←



Sebastian Gräfe, Jahrgang 2002/03, ist DGAP Associate Fellow und arbeitet als Analyst am Zentrum Zivil-Militärische Zusammenarbeit der Bundeswehr. Der Einsatz in Armenien, über den er in *ad hoc* berichtet, war seine dritte Kurzzeitwahlbeobachtungsmission für die OSZE. graefe@dgap.org

Von Wohnzimmerdemos bis Tinder – neue Formen des Protests in den USA

von Berenike Schott

Während sich in den USA der Graben zwischen den politischen Lagern vertieft, rücken oppositionelle US-Amerikaner*innen zusammenrücken – Beobachtungen aus Washington, D. C.

„Und, zu welcher Demo gehst du dieses Wochenende?“, fragt mich mein Frisör. Er kommt aus dem ländlichen Teil Kaliforniens, seine Eltern haben für Donald Trump gestimmt. Bis zur Wahl war er zwar politisch interessiert, aber nicht besonders aktiv. Das hat sich im Januar schlagartig geändert. Nun bringt er seine Freund*innen zu Demonstrationen, erklärt ihnen, warum Gewerkschaften wichtig sind, und zeigt, dass die meisten Aktivist*innen „ganz normale Menschen“ und keineswegs an brennenden Mülltonnen interessiert sind. Und er ist nicht allein: Beim *Women’s March* am Tag nach der Amtseinführung waren etwa ein Drittel der Teilnehmenden zum ersten Mal im Leben bei einer Demo. Das lokale Online-Magazin D. C. ist riet Bewohner*innen Washingtons als Idee für ein romantisches Date, gemeinsam auf eine Demo zu gehen. Steven Colbert, ein beliebter Late-Night-Show-Moderator, scherzte, dass gar der St. Patrick’s Day zur „Demo gegen Nüchternheit“ werde.

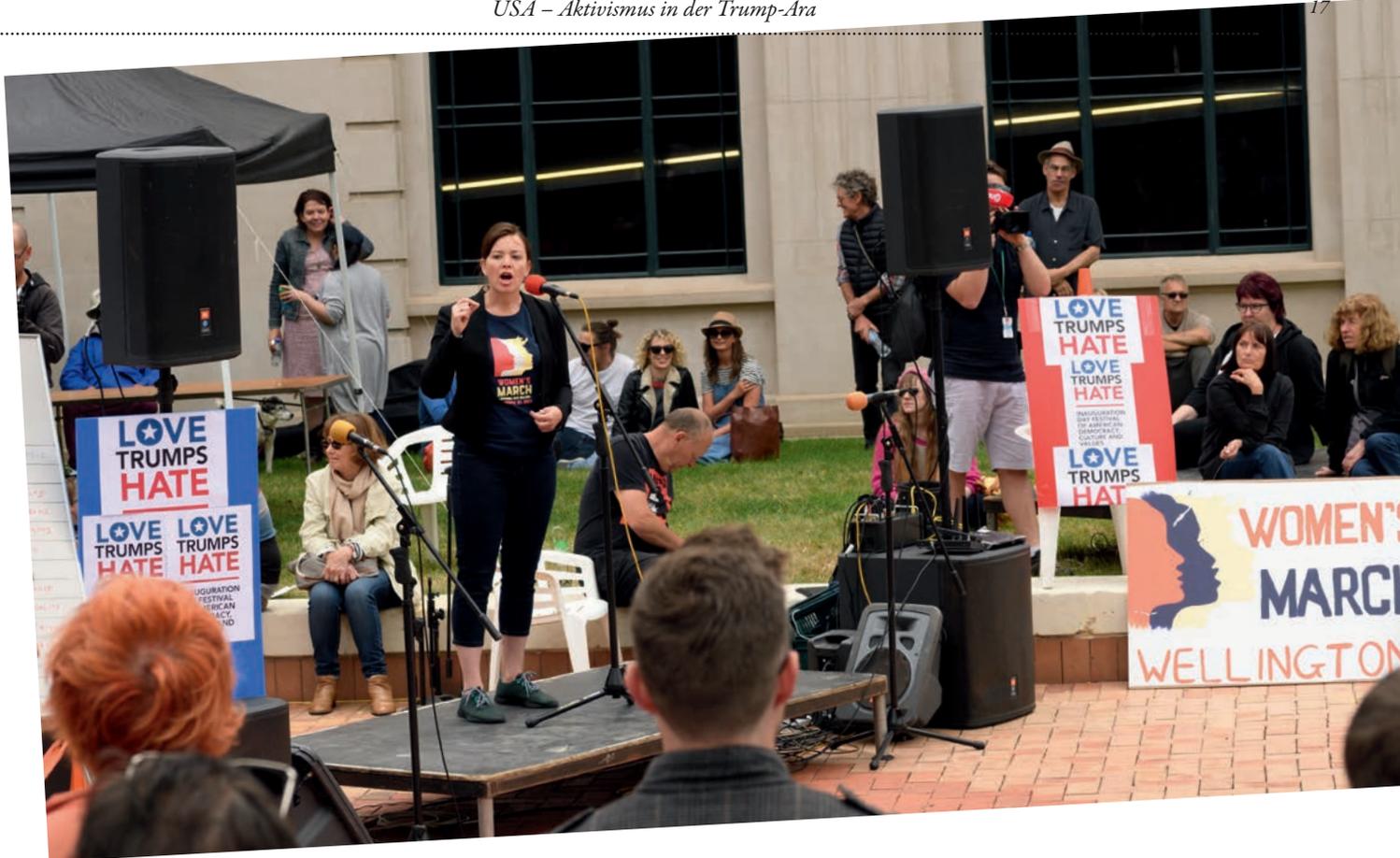
Das Amerika links der Mitte hat sich seit November 2016 rasant politisiert. Der Wahlsieg Trumps hat gerade die gut situierten, weißen, gebildeten Amerikaner wachgerüttelt – die bis dahin mit dem Status quo recht zufrieden waren. Sie glaubten, im Großen und Ganzen sei Rassismus überwunden, Abschiebungen seien gerechtfertigt und die Gleichstellung von LGBTI*-Personen durch die Entscheidung zur „Ehe für alle“ erreicht. Heute kann man über die Online-Plattform „Resistance Near Me“ per Mausclick die nächste Demo finden.

Die alten und neuen Aktivist*innen treffen sich nicht nur auf der Straße. Sie füllen Säle und stellen kritische Fragen, wenn Kongressabgeordnete ihre Wahlkreise besuchen. Unterstützer*innen von Hillary Clinton träumen in den Facebook-Gruppen noch immer von der „Pantsuit Nation“ – von der „Nation der Hosenanzugträger*innen“. Ehemalige Unterstützer*innen des unabhängigen Senators von Vermont Bernie Sanders, der in den Vorwahlen der Demokraten gegen Hillary Clinton unterlag, organisieren über die Plattform „Our Revolution“ Wohnzimmer-treffen, um sich auszutauschen und zu unterstützen (Mein Nachbar stellte dabei dankbar fest, dass in seiner WG nun mal wieder richtig geputzt wurde).

Der Wahlsieg Trumps hat gerade die gut situierten, weißen, gebildeten Amerikaner wachgerüttelt.

Dieser neue Aktivismus ist nicht nur eine gute Botschaft, was das allgemeine Bürgerengagement betrifft, er fördert auch neue Allianzen im linken Spektrum. In „Beyond the Movement“ vereinen sich Organisationen, die sich für die Rechte von Minderheiten, Arbeiter*innen und für die Umwelt einsetzen. Ihr Name spielt auf Martin Luther Kings „Beyond Vietnam“-Rede an, in der er zu einer Werterevolution aufrief und erklärte, dass die Friedens- und die Bürgerrechtsbewegung zusammengehören. In Maryland setzen sich sogenannte „huddle groups“, die nach dem *Women’s March* gegründet wurden, für Migrantenfamilien ein, die von Abschiebung bedroht sind. Nach der verlorenen Wahl gründete Hillary Clinton die Organisation „Onward





∨ *Demos offenbar im Trend:
Immer mehr US-Bürger*innen gehen auf die Straße.*

↑ *„Love trumps hate“ - Liebe versus Hass, Clinton versus Trump:
Die jüngste US-Wahl hat polarisiert, aber auch mobilisiert.*

Together“, die bestehende oppositionelle Gruppen etwa dabei unterstützt, für die nächsten Wahlen zu mobilisieren oder Kandidatinnen zu fördern. Die Organisation fördert aber auch die Gruppe „Color of Change“, die sich gegen Rassismus und für die Gleichstellung von schwarzen Bürger*innen einsetzt. In der Trump-Ära scheinen oppositionelle Gruppen zu erkennen, dass sie zusammenhalten und ihre Ziele gemeinsam erreicht werden müssen, damit sie, wie Martin Luther King es formulierte, „in einem einzigen Gewand des Schicksals verwoben“ sind.

Liberaler Amerikaner*innen selektieren auf der Dating-App Tinder mit den Worten: „No Trump supporters“.

Doch während das wachsende politische Engagement der US-Amerikaner*innen, die sich gegen Trumps Politik stellen, Brücken innerhalb der Linken baut, scheint sich der Graben zwischen ihnen und den Trump-Unterstützer*innen immer weiter zu vergrößern. Konservative Tourist*innen in D. C. tragen stolz ihre „Make America Great Again“-Kappen, Jugendgruppen imitieren linke Protestgesänge und zeigen, dass auch sie kämpferisch sind: „We won't go!“ Liberale Amerikaner*innen selektieren auf der Dating-App *Tinder* mit den Worten: „No Trump supporters“. Als ein achtjähriger Junge an einer Demo vor dem Trump-Hotel vorbei lief und stolz auf seine rote Trump-Baseballkappe zeigte, riefen Demonstrant*innen:

„I'm sorry for you!“ und „Shame, shame, shame!“ Schnell änderte eine der Organisator*innen am Mikro die Rufe zu „Love trumps hate“, doch der Junge war schon durch die Hoteltüren verschwunden.

Die Politisierung und der wachsende Aktivismus der Opposition zu Trump sind bemerkenswert. Die Erkenntnis der Bürger*innen, sich auch außerhalb von Wahlen engagieren zu können und zu müssen, ist sicherlich eine gute Nachricht für die Zukunft der US-amerikanischen Demokratie. Doch die Politisierung birgt auch Gefahren, wenn die Opposition nicht die breite Gesellschaft mit ins Boot holt und Menschen ausgrenzt anstatt einzuladen. „Showing Up for Racial Justice“, eine Organisation, die primär weiße Amerikaner*innen über Rassismus aufklärt, hat diese Motto daher zu einem ihrer sieben Prinzipien gemacht: „Calling people in, not out“. Mögen sich andere ihnen anschließen. ←



Berenike Schott promoviert derzeit in Soziologie an der Columbia University in New York und war bis vor kurzem bei der Weltbank in Washington, D. C., tätig. Sie befasst sich mit Oppositionsbewegungen, gewaltlosem Widerstand, und der Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure in Demokratisierungsprozessen. Das Mercator-Kollegjahr 2014/2015 verbrachte sie unter anderem in Ägypten, Tunesien und den USA. berenike.schott@columbia.edu

Rebellenstädte an die Macht

von Daphne Büllesbach

Historischer Fortschritt auf unserem Kontinent geht spätestens seit dem Mittelalter aus der Entwicklung des urbanen Raumes hervor. Im Prozess der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Transformation sind Städte zugleich Bühne und Hauptakteure: Neue Formen der Produktions- und Arbeitsorganisation oder die zunehmende Finanzkapitalisierung, die sich in der Nutzung von Grundstücken und Immobilien als Spekulationsobjekte äußert, sind wesentlich städtische Phänomene. Diese Prozesse lösen neue Widersprüche und Ungleichgewichte aus – und machen die Städte so auch zu Orten des Widerstands sowie von Innovation.

Die Europäische Kommission betonte vor kurzem die führende Rolle von Städten und Metropolregionen und die Notwendigkeit für deren stärkere Koordination und Austausch untereinander. Mehr als 70 Prozent der Europäer*innen leben im städtischen Raum. Hier konzentrieren sich drei Viertel des Energieverbrauchs und 80 Prozent der Emissionen. Städte sind dadurch auch zentral für eine globale Strategie hin zu Klimagerechtigkeit und Nachhaltigkeit.

Städte können leicht zu Orten politischer Innovation oder Räume der tatsächlichen Neubelebung der Demokratie werden, indem sie ihre relative Nähe zu den Bürger*innen nutzen. Antworten auf die großen Herausforderungen unserer gegenwärtigen Welt finden häufig ihren Ursprung im Lokalen. Auf Ebene der Europäischen Union (EU) haben bisher weder die Institutionen noch die Nationalstaaten den Übergang in eine Welt der grenzüberschreitenden Herausforderungen vollzogen.

Gerade in diesem Kontext können Städte – wie es bereits in entscheidenden Momenten des Übergangs in der europäischen Geschichte der Fall war – eine führende Rolle einnehmen. Doch auch die regionalen und supranationalen Institutionen müssen ihren Beitrag bei der Suche nach globalen Lösungen leisten.

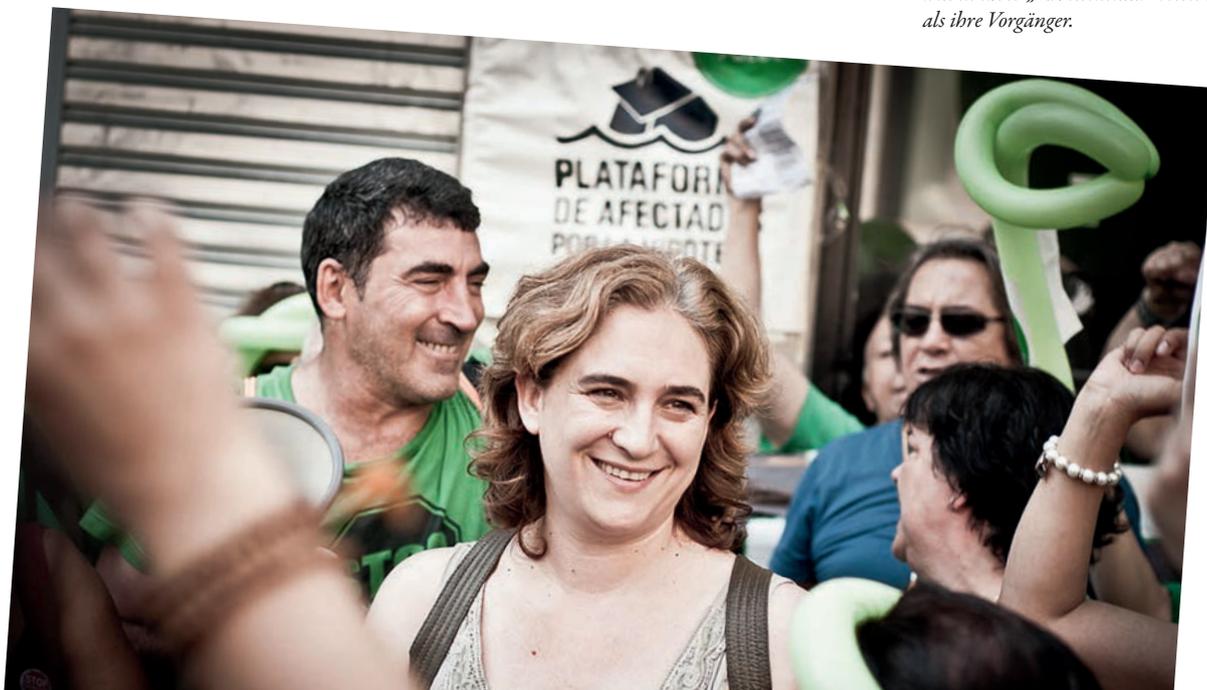
Städte können leicht zu Orten politischer Innovation oder Räume der tatsächlichen Neubelebung der Demokratie werden.

Die „Regierungen des Wandels“

Im Moment tritt eine lange „kommunale“ Tradition wieder in den Vordergrund, die in den Erfahrungen der neuen Regierungen „des Wandels“ (*cities of change*) aufzuleben scheint. Die spanischen „plataformas ciudadanas“ – Bürgerplattformen – gingen aus der Protestbewegung der *15M* hervor. Sie füllten die Plätze der Iberischen Halbinsel ab 2011 übernahmen in den Kommunalwahlen im Mai 2015 in bedeutenden Städten die Macht, allen voran Ada Colau als Bürgermeisterin von Barcelona. Diese neuen Stadtregierungen in Spanien sind eine der wichtigsten Errungenschaften in den städtischen Kämpfen für Demokratie und soziale Gerechtigkeit.

Nach nur zwei Jahren im Amt haben sie wichtige Innovationen eingeführt. Sie konzentrieren sich darauf, die Transparenz zu stärken und zur direkten Beteiligung der Bürger*innen an städtischen Entscheidungsprozessen zurückzukehren, etwa mit

↳ *Ada Colau, Bürgermeisterin von Barcelona, will in ihrer „Rebellenstadt“ vieles anders gestalten als ihre Vorgänger.*





↑ Städte sind attraktiv:
Immer mehr Menschen zieht es in die Metropolen.

der digitalen Plattform *Decide Madrid*. Die Stadträt*innen stellen mehr Ressourcen für sozialpolitische Initiativen zur Verfügung, sie intervenieren in der Stadtplanung und initiieren eine Wohnungspolitik, die einkommensschwache Einwohner*innen begünstigt. Es wurden Programme eingerichtet, die eine gerechtere und integrative Sozialwirtschaft unterstützen, indem öffentliche Ausschreibungen und Beschaffungsregeln an Kriterien des Gemeinwohls ausgerichtet werden.

Zufluchtsorte

Auch auf einem anderen Gebiet zeigen Städte eine progressive Handlungsoption auf: Einige wollen – im Gegensatz zur aktuellen Haltung der meisten EU-Länder – Flüchtlinge aufnehmen. Sie fordern deutlich dazu auf, über die Debatte des „Mangels an Solidarität“ seitens der Nationalstaaten hinauszugehen und es nicht bei den gerade mal 9000 „umverteilten“ Flüchtlingen aus der Türkei und Griechenland zu belassen – und sie treten aktiv für diese Solidarität ein.

Danzig, Grenoble, Neapel und Thessaloniki sind weitere Beispiele für Kommunen, die sich als „Städte der Zuflucht“ präsentieren, sei es aus humanistischen, demographischen oder wirtschaftlichen Motiven heraus. Gesine Schwan knüpft an diesen Willen der Städte mit einer spannenden Initiative für eine alternative EU-Asyl- und Flüchtlingspolitik an: Ihre Idee ist ein Finanzierungsinstrument, das von der supranationalen Ebene, also der Europäischen Kommission, direkt Städte bei der nachhaltigen Integration von Flüchtlingen unterstützt.

Jenseits der Nationalstaaten

„Wir, die Städte, haben das Wissen, den Wert der Nähe und die Kraft der kollektiven Intelligenz um die globalen Probleme zu lösen“ sagten Colau, Carmena und Hidalgo, die Bürgermeisterinnen von Barcelona, Madrid und Paris, auf der UN-Konferenz Habitat III vergangenen Jahres in Quito. Ziel der drei engagierten Frauen ist es, finanzielle Ressourcen und Entscheidungsgewalt verstärkt in die Hände der Städte zu geben. So werden die Nationalstaaten dabei unterstützt, Herausforderungen wie wachsende soziale Ungleichheit, die Bedrohung durch den Klimawandel und die Aufnahme von Geflüchteten anzupacken.

**„Wir, die Städte, haben das Wissen,
den Wert der Nähe und die Kraft
der kollektiven Intelligenz
um die globalen Probleme zu lösen“**

Daher ist es nicht verwunderlich, dass wir heute von „Rebellens-tädten“ sprechen – wie es der Polit-Ökonom David Harvey tut: Alternative Regierungspolitik auf lokaler Ebene zeigt nicht nur für Südeuropa einen möglichen Weg gegen soziale Prekarisierung. ←



Daphne Büllesbach, Jahrgang 2009/10, ist Managing Director von European Alternatives, einer europaweit aktiven zivilgesellschaftlichen Organisation, die transnationale Politik und Kultur erforscht und fördert. Sie ist Ko-Kuratorin des Politik- und Kulturfestivals Transeuropa (Madrid 2017, Belgrad 2015) und Mitherausgeberin des Sammelbands *Shifting Baselines of Europe* (transcript Verlag 2017).
daphnebue@gmail.com

#DrehdeineStadt: Die Verkehrswende von Unten?

von Steffen Lobrey

Das Fahrrad als Transportmittel erfreut sich ungebrochener Beliebtheit. Es fällt in eine Linie mit dem Wunsch nach lebenswerten und menschengerechten Städten. In Berlin hat der „Volksentscheid Fahrrad“ einen Gesetzgebungsprozess in Richtung einer Fahrradstadt auf den Weg gebracht und stößt dadurch eine breite Bürgerbewegung zur Verkehrswende in Städten an – weit über Berlin hinaus.

Wer in Berlin Fahrrad fährt, weiß: Es gibt viel Licht, aber auch viel Schatten. Die morgendliche Fahrt durch mystische Morgennebel im Tiergarten, abends entlang der Spree oder im Pulk auf der Schönhauser Allee. Aber auch: Der gefährliche und beängstigende 40-Tonner, der neben dem Lenker langsam auf die eigene Fahrspur zieht. Denn sie ist oft eng und nur durch weiße Farbe markiert. Kinder sieht man hier selten.

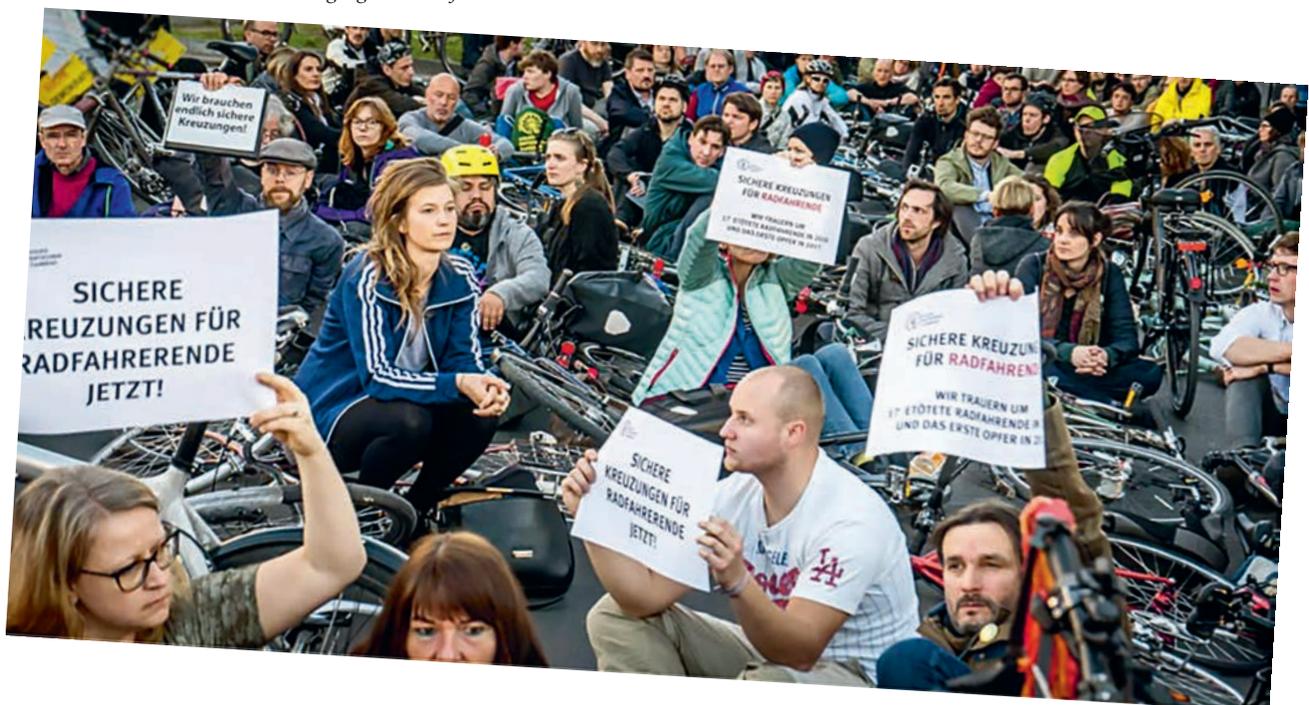
Der Bau der autofreundlichen Stadt in den sechziger Jahren sah Radwege höchstens als Sozialpolitik für Schwache vor, nicht als ernst zu nehmenden Transportweg. Diese Sichtweise ändert sich derzeit fundamental. Die Radverkehrszahlen in Berlin zeigen steil nach oben. An der Oberbaumbrücke wurde kürzlich die Marke von 20 000 Radfahrern täglich geknackt – dies entspricht dem Verkehr einer Hauptstraße. Trotzdem entwickelt sich die Infrastruktur kaum weiter. Neue Radspuren werden nur mit Farbe „markiert“, viele Radwege sind schmal und voller Baumwurzeln.

↓ Eine Mahnwache nach einem tödlichen Unfall auf dem Mehringdamm in Berlin im vergangenen Frühjahr.

An einem Donnerstagabend an der Technischen Universität Berlin sitzen um die 30 Menschen zusammen, die dies ändern wollen. Sie organisieren sich im „Volksentscheid Fahrrad“ und möchten sicher und komfortabel mit dem Rad von A nach B kommen. Es sind nicht die schnittigen Kurier- und Rennradfahrer*innen, sondern Bewohner*innen der Stadt aller Alters- und Bildungsschichten: ein frisch gebackener Abiturient, Studierende, ein promovierter Ingenieur, eine Seniorin, die schon Häuser besetzt hat. Erfahrene Aktivist*innen oder Verkehrsplaner*innen teilen ihr Wissen mit neuen Gesichtern.

An der Oberbaumbrücke wurde kürzlich die Marke von 20 000 Radfahrern täglich geknackt – dies entspricht dem Verkehr einer Hauptstraße.

Der „Volksentscheid Fahrrad“ möchte Berlin zur fahrradfreundlichen Metropole machen. Jede*r von 8 bis 88 soll sicher mit dem Fahrrad unterwegs sein können. So werden etwa zwei Meter breite, baulich getrennte Fahrradwege an allen Hauptstraßen gefordert, ein 350 Kilometer umfassendes Netz aus Fahrradstraßen oder eine verbindliche Verbesserung der Sicherheit an gefährlichen Kreuzungen. Ein Gesetz soll juristische Verbindlichkeit bringen. In Berlin wurden vergangenes Jahr 17 Radfahrende getötet. Von der Politik gab es kaum mehr als Lippenbekenntnisse.





↪ Ein Treffen der „Werkstatt“ des Volksentscheid Fahrrad.

Eine Kerngruppe besteht seit Herbst 2015. Damals formierte sich der Volksentscheid mit einem Volksbegehren zu einem Radgesetz. In der ersten Abstimmungsrunde wurden innerhalb von vier Wochen 100 000 Unterschriften gesammelt, statt wie erforderlich 20 000 in sechs Monaten.

Der Radentscheid schlug im Stadtgespräch ein wie sonst kaum ein Thema. Zahlreiche Demos und Aktionen, von Mahnwachen nach Unfällen über das Auslegen des „Roten Teppichs für Radfahrer“ auf Hauptverkehrsstraßen bis hin zum Radeln in die Spree unter dem Motto „Der Klimaschutz geht Baden“: Die Initiative versteht es, den Medien die richtigen Bilder zu liefern und das Thema präsent zu halten. Fast ein Drittel der Berliner*innen nutzt laut Forsa-Umfrage bereits jetzt täglich das Fahrrad, mehr als zwei Drittel der Befragten befürworten den Ausbau der Radwege. Selbst der Verkehrsclub ADAC fordert plötzlich Radwege an Hauptstraßen.

Radeln in die Spree: Die Initiative versteht es, den Medien die richtigen Bilder zu liefern und das Thema präsent zu halten.

Die Berliner Sektion des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) betreibt seit Jahrzehnten Gremienarbeit für bessere Bedingungen für Radfahrer, doch die aktivistischen Methoden des Volksentscheides haben eine neue Geschwindigkeit in die Radverkehrsdebatte gebracht.

Seit Frühjahr 2017 verhandelt die Rot-Rot-Grüne Koalition mit den Aktivist*innen – und einem ADFC-Vertreter – ein Radgesetz. Auf Senatsseite allerdings wurden Fristen gekippt. Das Versprechen, bis Juni ein Radgesetz zu haben, ist gescheitert. Der Prozess wird als festgefahren bezeichnet, und der Volksentscheid hat neue Aktionen angekündigt.

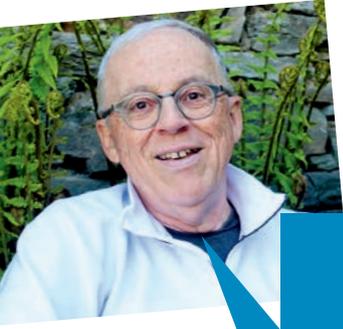
Der dänische Stadtplaner Jan Gehl lehrt, dass lebenswerte Städte menschliche Begegnungen fördern. Das Fahrrad sei daher das ideale Verkehrssystem für die Stadt. Kopenhagen wurde nicht trotz, sondern wegen seiner massiven Investitionen in den nichtmotorisierten Verkehr zu einer der attraktivsten Städte der Welt. Auch die Klimaziele machen mehr Radverkehr zwingend notwendig. Das Ziel einer lebenswerten Stadt wird von immer mehr Akteuren aus verschiedensten Bereichen verfolgt. In fahrradfreundlichen Netzwerken organisieren sich seit 2017 einzelne Bürger*innen, Lokalgruppen des ADFC, Geschäfte oder Kiezgruppen, die an einem Strang ziehen, um ihre Stadt lebenswerter zu machen. Jede*r ist eingeladen mitzumachen, womit eine breite Bewegung im Windschatten des Volksentscheids entsteht. Der landesweite Volksentscheid selbst entspringt dem ersten seiner Art, dem „Netzwerk Fahrradfreundliches Neukölln“.

Bundesweit ist das Interesse am Berliner Modell riesig, andere Städte formen eigene Initiativen, Bamberg hat bereits seinen eigenen Volksentscheid. Der Volksentscheid Fahrrad bietet Barcamps in anderen Städten wie Hamburg oder Stuttgart an unter dem Motto „#DrehdeineStadt“. Der Trägerverein hat derweil seinen Namen geändert zu „Changing Cities“ – die (Verkehrs-)Wende aus Bürgerhand. ←



Steffen Lobrey forscht über Anpassung an den Klimawandel, Extremwetter und Mobilität in Städten. Im Mercator-Jahrgang 2015/16 war er unter anderem bei der Weltbank in Washington, das Fahrrad war mit dabei. In Berlin unterstützt er den Volksentscheid Fahrrad, um die Stadt mit mehr Radverkehr lebenswerter und klimafreundlicher zu gestalten.

steffen.lohrey@posteo.de



← Thomas Handschin will mit seiner Veröffentlichung „One Child – One Vote !!“ mehr Menschen für das Thema sensibilisieren.

„Sobald die Unter-18-Jährigen an Bord des Demokratiedampfers sind, werden sie den Kurs des ganzen Landes kräftig mitbestimmen.“

In Deutschland und der Schweiz fordern Kinderrechtsorganisationen das Stimmrechtsalter Null. „Es ist ein demokratischer Unsinn, ausgerechnet Kinder vom Stimm- und Wahlrecht auszuschließen, die am längsten mit politischen Entscheidungen leben müssen“, argumentiert Thomas Handschin.

Das Anliegen polarisiert. Die Kinderlobby Schweiz und der Deutsche Familienverband fordern, dass Kinder ab der Geburt ein Stimm- und Wahlrecht haben. Ein im Jahr 2008 eingereichter Vorstoß wurde vom Schweizer Parlament nie behandelt. Der Bundesrat hatte argumentiert, das Anliegen wäre rechtlich und praktisch fast unmöglich umzusetzen. Thomas Handschin erklärt, weshalb er sich weiterhin für das Stimmrechtsalter Null einsetzt.

ad hoc: Herr Handschin, Sie fordern, dass Babys abstimmen und wählen dürfen. „Unsinn“, sagen Ihre Gegner*innen.

Handschin: Politische Entscheidungen haben normalerweise kein Verfallsdatum. Somit sind es die jüngsten Menschen, die am längsten damit leben müssen. Es ist daher ein demokratischer Widerspruch, ausgerechnet sie vom Stimm- und Wahlrecht auszuschließen. Niemand erwartet, dass ein kleines Kind seinen Stimmzettel selbst ausfüllt. Das werden die Eltern stellvertretend übernehmen – mit der gleichen Selbstverständlichkeit, wie sie ihre Kleinen bekochen, bekleiden und einschulen.

ad hoc: Wie stellen Sie sich das Stimmrechtsalter Null konkret vor?

Handschin: Sobald ein Kind zur Welt kommt, erhält es sämtliche Wahl- und Abstimmungsunterlagen, genau wie seine Eltern. Diese dürfen für ihre Kinder treuhänderisch so lange stimmen und wählen, bis das größer gewordene Kind seine Zettel selber ausfüllen will. Ob das Kind dann acht, 13 oder 17 Jahre alt ist, spielt keine Rolle. Dieser Übergang ist nicht an eine behördliche Registrierung gebunden; vielmehr handelt es sich dabei um eine familieninterne Angelegenheit. Der Verzicht auf ein Minimalalter verhindert, dass ein Kind unter 18 Jahren zu einem Abstimmungsthema zwar eine Meinung hat, diese aber nicht in die politische Waagschale werfen darf. Stimmrechtsalter Null macht Schluss mit dieser Ungerechtigkeit. Die derart erweiterte Demokratie erfüllt dann endlich die alte demokratische Forderung „ein Mensch – eine Stimme“.

ad hoc: Ist das Risiko nicht groß, dass Eltern das Stimmrecht ihrer Kinder missbrauchen?

Handschin: Von Missbrauch bei Abstimmungen müsste man sprechen, wenn die Stimme der Eltern die Interessen ihrer Kinder verletzt. Ein solches Verhalten stünde im Widerspruch zum viel natürlicheren Bestreben der Eltern, für ihre Kinder nur das Beste zu wollen. Natürlich kontrolliert niemand die Loyalität der Eltern bei Wahlen und Abstimmungen. Insofern könnte Missbrauch auch nicht verhindert bzw. geahndet werden. Praktisch betrachtet dürften sich die Missbräuche allerdings im Promillebereich bewegen. Die Furcht davor kann kein ernsthaftes Argument gegen das Kinderstimm- und Wahlrecht sein. Vielmehr ist es missbräuchlich, die Kinder von der demokratischen Mitwirkung auszuschließen.



← Beim Kinderstimmrecht ist der Zeitpunkt des ersten Wahlgangs eine Entscheidung innerhalb der Familie.

ad hoc: *Inwiefern würde das Stimmrechtsalter Null unsere Gesellschaft verändern?*

Handschin: Es ist allen klar, dass die Kinder die Zukunft des Landes sind und es eines Tages auch regieren werden. Paradoxiertweise müssen sie 18 Jahre lang warten, bis die Demokratie dieser Tatsache Rechnung trägt. In der Zwischenzeit betrachtet die Demokratie das Kind als private Familienangelegenheit – genau so, wie es heute jedem Paar freisteht, ob es sich einen Hund anschaffen will oder nicht. Sobald die unter 18-Jährigen an Bord des Demokratiedampfers sind, werden sie den Kurs des ganzen Landes kräftig mitbestimmen.

Die Unter-18-Jährigen machen in der Schweiz und in Deutschland rund ein Fünftel der Bevölkerung aus. Viele Wahlergebnisse in Europa und Abstimmungen in der Schweiz sind geprägt von Pattsituationen, die das Regieren stark erschweren. Die Vergrößerung der Wählerschaft um diesen starken Bevölkerungsanteil mit ihren spezifischen Interessen würde zu klareren Mehrheitsverhältnissen führen – auch wenn die Unter-18-Jährigen nicht immer einer Meinung sind.

Thomas Handschin ist Vorstandsmitglied der Kinderlobby Schweiz. In dieser Funktion vertritt er die Kinderlobby in der Kampagne „Nur wer wählt, zählt!“ des Deutschen Familienverbandes. Er ist Autor der Broschüre „One child – one vote!! Das Kinderstimmrecht: Die Demokratie entdeckt eine Generation“.

Bei der Einführung von Stimmrechtsalter Null wären die Parteien darauf bedacht, neue Wähler*innen zu gewinnen. Zu diesem Zweck werden sie ihre Parteiprogramme um kinder- und familienfreundliche Anliegen erweitern und im Parlament entsprechende Vorstöße einbringen. Junge Leute werden vom Initiativrecht Gebrauch machen und auf diesem Weg ihre Anliegen vor das Volk bringen, dessen Teil sie dann auch an der Urne sein werden.

ad hoc: *Lieber Herr Handschin, ich danke Ihnen für das Gespräch.*

Interview: *Stefanie Rinaldi.*



Stefanie Rinaldi, Jahrgang 2011/12, ist Beraterin und Trainerin für Menschenrechte. Sie bildet Mitarbeitende von NGOs, Verwaltungen und Schulen in Menschenrechten und Kinderrechten aus, führt Workshops für Schülerinnen und Schüler durch und berät Institutionen in der Umsetzung menschenrechtsbasierter Ansätze. Momentan ist sie an Projekten in der Schweiz, in Kamerun und in Indien beteiligt.
stefanie.rinaldi@bluewin.ch

↓ *Politische Bedürfnisse stellen sich nicht erst mit dem 18. Lebensjahr ein.*



Toleranz durch Schüler*innenaustausch – für alle!

von Likki-Lee Pitzen

Strahlende Teenager in Sprungpose vor der Golden Gate Bridge oder mit Fächern auf der chinesischen Mauer – mit schillernden Bildern werben Agenturen für internationale Austauschprogramme.

Kritiker*innen sehen solche Trips als Must-Have der Elite; vom Beitrag zur Völkerverständigung sprechen unterdessen Befürworter*innen.

Wie wäre es mit einem Austauschprogramm für ganze Klassen statt einzelner Schüler*innen, das ohne die Flugmeilen auskommt und dennoch die begehrten interkulturellen Kompetenzen vermittelt? Warum wir einen solchen Austausch im Jahr 2017 mehr denn je brauchen und wie er möglich ist: ein Zwiegespräch.

*Schüler*innenaustausch für alle – jetzt echt? Wer soll das bezahlen, und wie soll das überhaupt gehen? Wieder so eine halbgare Hippiefantasie.*

Sachte, es geht hier wirklich um eine gute, umsetzbare Idee. Also der Reihe nach: Wer bei den Wahlen in den Niederlanden und Frankreich mitgefiebert hat und die legale Verschmutzung der eigenen Stadt durch Plakate der Alternative für Deutschland (AfD) mit ansehen muss, weiß: der Rechtspopulismus macht sich in Europa breit. Und er nährt sich vor allem von der Angst vor dem Fremden: fremden Kulturen, Wertevorstellungen und Glaubenszugehörigkeiten, die den eigenen Lebensstil bedrohen sollen. So die Logik zumindest.

↓ *Das Sabang Merauke-Programm fördert den Schüler*innenaustausch innerhalb Indonesiens.*

*Klar, aber Angstmacherei und Kampagne gegen Migrant*innen gibt's nichts erst seit gestern. Menschen setzen sich ja auch erfolgreich zur Wehr, wie man bei vielen AfD-Kundgebungen sehen kann.*

Ganz richtig, es ist kein neues Phänomen. Und als effektives Mittel gegen Intoleranz und für ein verständnisvolles Miteinander wurde daher der internationale Schüler*innenaustausch bereits nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland ins Leben gerufen. So gehen in Deutschland mittlerweile jedes Jahr 15 000 bis 20 000 Schüler*innen im Alter von 15 bis 17 Jahren für mindestens drei Monate ins Ausland. Ließen sich damit zwar 35 Superjumbos vom Typ A380 füllen, sind es im Schnitt dennoch nur zwei Prozent der relevanten Zielgruppe im Land. Die kommen dann auch noch überproportional aus den Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen. Außerdem sind es trotz zunehmender Stipendien überwiegend Gymnasiast*innen aus wohlhabenden Familien, die ins Ausland gehen.

Trotz zunehmender Stipendien sind es überwiegend Gymnasiast*innen aus wohlhabenden Familien, die ins Ausland gehen.

*Aber wie genau sollen nun mehr Schüler*innen in den edlen Genuss kommen?*

Eine Möglichkeit, einer größeren Gruppe Erfahrungen in einem anderen kulturellen oder auch sozio-ökonomischen Umfeld zugänglich zu machen, besteht darin, Austausch unter Schüler*innen innerhalb Deutschlands zu organisieren. In Ländern wie Indonesien, welche dem Selbstverständnis nach multiethnisch und -religiös sind, haben Organisationen dieses Prinzip zur Förderung von Toleranz bereits für sich erkannt.





↑ Auch Stipendien unterstützen den Austausch junger Menschen: Diese Schüler*innen waren 2013 Teil eines Programms zwischen Deutschland, China und der Türkei.

Drei indonesische Studierende gründeten 2012 das „Sabang Merauke“-Programm, das es 12- bis 15-Jährigen aus unterschiedlichen Regionen Indonesiens ermöglicht, für zwei bis drei Wochen in der Hauptstadt Jakarta bei einer Familie zu leben, die einer anderen Ethnie und/oder Religion angehört.

Deutschland und Indonesien kann man ja nicht wirklich vergleichen.

Auch wenn Deutschland sich nicht über 17 000 Inseln und drei Zeitzonen erstreckt oder sich über mehr als 30 Hauptethnien und über 500 Subgruppen definiert, gibt es auch hierzulande ausreichend Vielfalt. Der Anteil der auslandsstämmigen Bevölkerung liegt bei 13 Prozent – wie in den USA.

Trotzdem schwer vorstellbar, wie das hier dann funktionieren sollte; sollen alle Kinder eine Woche nach Berlin fahren?

Tatsächlich hat es in Deutschland bereits ein inländisches Austauschprogramm gegeben: Um nach der Wende die Kluft zwischen Ost und West zu überwinden, gab es auf Initiative des damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau von 2002 bis 2005 das Projekt „Jugend recherchiert Umwelt – 100 Schulen im Dialog“. Schüler*innen der neunten und zehnten Klassen aus je 50 Schulen in den alten und neuen Bundesländern besuchten sich gegenseitig für drei Tage, um an Umweltthemen zu forschen. Laut offizieller Projektbeschreibung war das Ziel, „dazu beizutragen, die innere Einheit Deutschlands voranzubringen“. Bezog sich diese Einheit zwar auf die Ost/West-Dimension, konnten die Schüler*innen auch darüber hinaus

andere Kulturen kennenlernen. Eine Schülerin aus Erfurt berichtete über ihre Vorfreude darauf, das türkische Familienleben ihrer Austauschpartnerin in Berlin zu erleben. Die junge Berliner gab an, von der Aufgeschlossenheit „in der Kleinstadt“ positiv überrascht worden zu sein.

Ok. Aber wenn es so erfolgreich war, warum lief es nur bis 2005? Heute stehen Ost/West-Vorurteile im Hintergrund. Eine gesellschaftliche Diversität besteht nichtsdestotrotz mehr denn je – und Handlungsbedarf bei den damit verbundenen Herausforderungen auch. Im Oktober 2016 gestand der damalige Außenminister und nun amtierende Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ein, dass Deutschland beim Thema Toleranz noch viel dazulernen könne. Es könnte also gerade keinen passenderen Bundespräsidenten geben, dem man die Initiative zum inklusiven, intra-nationalen Schüler*innenaustausch vorschlagen sollte. Damit auf nach Bellevue! ←



Likki-Lee Pitzen, Jahrgang 2016/17, weiß, dass bei erneuerbaren Energien noch einiges geht. Das Kollegjahr führte sie zum World Bank Energy Team nach Jakarta und zu IFC Advisory nach Washington, wonach sie dem Lockruf der Off-Grid Finanzierung folgte und zu LHGP nach Nairobi ging. likkilee@gmail.com

Wie ehrenamtliches Engagement die Demokratie stärkt

von Sarah Bidoli

Ich bin Talentpatin. Ehrenamtlich. Dabei geht es nicht um singen oder vortanzen. Ich treffe mich einmal die Woche mit meinem Patenkind aus Neukölln. Die zwölfjährige Mina und ich, eine Wahlberlinerin und Neumama, gehen ins Museum oder ins Kino, backen oder basteln. Meistens spazieren wir aber einfach nur durch den Park, erledigen die Hausaufgaben für den nächsten Schultag – und tauschen uns aus.

Mina und ich haben uns vergangenes Jahr auf einem Spielernachmittag des Patenschaftsprojektes „Neuköllner Talente“ kennengelernt. Das Projekt der Bürgerstiftung Neukölln hat sich zum Ziel gesetzt, die Talente von Neuköllner Kindern, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, im Grundschulalter zu fördern. Jedes Kind, das sich für das Projekt anmeldet, bekommt einen Paten oder eine Patin zur Seite gestellt. In regelmäßigen Treffen werden die Kinder an verschiedenste Aktivitäten herangeführt, um herauszufinden, was ihnen liegt und Freude bereitet. Das Gleiche gilt für die Pat*innen: Sie sollen den Kindern nicht nur die eine oder andere Aktivität vorschlagen, sondern selbst Neues entdecken – über sich, über Kinder oder einfach darüber, was bei den Kids gerade „in“ ist.

Es geht nicht darum, schlummernde Talente zu entdecken, sondern darum, sich aus der eigenen Filterblase zu trauen.

Das Projekt sollte für mich eine neue Herausforderung sein. In Senior*innen- und Erwachsenenprojekten hatte ich mich schon engagiert, aber mit Kindern zu arbeiten würde etwas Neues sein. In meinem Kopf schwirrte die Idee einer Bilderbuchfreundschaft zwischen Kind und Erwachsenem, eine Art kleine Schwester oder Bruder, die ich beim Erwachsenwerden unterstützen könnte. Das Kind erlernt tolle neue Fähigkeiten und nimmt den Erwachsenen als großes Vorbild an. Der Pate oder die Patin bekommt im Gegenzug, vielleicht etwas romantisiert, kindliche Gelassenheit und Begeisterungsfähigkeit zurück. Bei einigen Tandems mag das auch der Fall sein, meine Erfahrung ist eine andere. Es geht eigentlich gar nicht darum, schlummernde Talente zu entdecken und zu aktivieren, wie es der Titel „Talentpatin“ suggeriert, sondern in erster Linie darum, sich aus der eigenen Filterblase zu trauen. Und das gilt für beide Parteien: für Mina und für mich. Das Kind schaut zu niemanden auf und der*die Erwachsene muss nicht zwingend eine neue Fähigkeit erlernen. Beide tauchen einfach in andere Lebenswelt ein, ohne einen Lerneffekt zu forcieren. Bei unseren Museumsbesuchen, Bastelstunden und Spaziergängen haben wir beide



↑ Die „Neuköllner Talente“ fördern sich gegenseitig durch Aktivitäten und Austausch.

keine Talente entdeckt oder entwickelt, aber unsere Treffen haben mich in ihrer Schlichtheit zum Grübeln gebracht. Mir ist Folgendes aufgefallen:

Kinder sind ein aktiver Bestandteil dieser Gesellschaft. Das klingt offensichtlich? Mir persönlich war nicht klar, in welchem Maße Kinder über komplizierte Themen reflektieren. Wie Kinder die Welt sehen, versteht man am besten, wenn man sich mit ihnen beschäftigt. Dieses Patenschaftsprojekt hat mich daran erinnert, mehr Verständnis für andere Altersgruppen zu haben und in meinem Alltag auch mehr an andere Altersgruppen zu denken.

Das gilt ebenfalls für die kulturellen Unterschiede. Um mehr Verständnis für meine*n Nachbar*in zu entwickeln, ist Austausch wichtig. Auch diese Aussage klingt banal und selbstverständlich, aber wer kennt in einer Großstadt noch seine Nachbar*innen? Es gilt also: Raus aus den komfortablen eigenen vier Wänden



↑ Die Bürgerstiftung organisiert Patenschaften und Veranstaltungen für alle Bürger*innen.

und rein ins bunte Leben. Mehr Mut und Interesse für radikal unterschiedliche Lebenswelten stellt uns selbst in Frage, fühlt sich unkomfortabel an und eröffnet gleichzeitig neue Perspektiven.

Um mehr Verständnis für meine*n Nachbar*in zu entwickeln, ist Austausch wichtig.

Was mir bei den „Neuköllner Talenten“ besonders bewusst geworden ist, ist nicht die Tatsache, dass man die eigenen interkulturellen und intergenerationellen Fähigkeiten ausbauen sollte, sondern dass ein Austausch auch fundamental für eine gut funktionierende, inklusive Gesellschaft ist. Demokratie kann nur gestärkt werden, wenn wir ein Verständnis dafür entwickeln, welche Gestaltungsmöglichkeiten wir als Individuum in unserer Gesellschaft haben. Fragen wie „Wie kann ich mich in meiner Gesellschaft einbringen?“, „Welche Entscheidungen darf ich als Bürger*in treffen?“ oder „Welche Möglichkeiten stehen mir überhaupt zur Verfügung?“ sind der Kern einer funktionierenden Gesellschaft. Erst wenn ich mir diese Fragen stelle, kann ich als aktiver Teil der Gesellschaft gelten: Optionen kennen und

abwägen, Entscheidungen treffen oder sich für eine Sache einbringen sind wichtige Eigenschaften eines*r mündigen Bürgers*Bürgerin und einer Gesellschaft, in der alle mitmachen.

Ehrenamtliches Engagement bringt Menschen zusammen und leistet wichtige Arbeit, eine Grundvoraussetzung einer demokratischen, inklusiven Gesellschaft.

Deshalb möchte ich mich an dieser Stelle ein „Hoch“ auf mein Patenkind aussprechen. Vielen Dank, dass du mir deine Welt zeigst und mir Neues bebringst. Dieses Projekt war nicht nur der Anlass, mir über unsere Gesellschaft Fragen zu stellen, sondern ist noch immer der Treffpunkt einer neuen, tollen Freundschaft. ←



Sarah Bidoli, in Elternzeit, war von Juli 2015 bis November 2016 Geschäftsführerin des Netzwerks für internationale Aufgaben (*nefia*), dem Alumniverein des Mercator Kollegs und des ehemaligen Stiftungskollegs. Zuvor war sie vor allem im Bereich Kulturmanagement und -förderung tätig. sarah.bidoli@gmail.com

Programmieren für eine bessere Welt

von Johanna Havemann

„We are what we create together“ ist der Leitsatz des Global Innovation Gathering (GIG) – einer Gemeinschaft von Innovationszentren, Makerspaces, Hackerspaces und ähnlichen Initiativen, sowie einzelnen Innovator*innen, Maker*innen, Technolog*innen und Changemakers. Mit dem Do-It-Yourself Ansatz begegnen sie globalen sozialen Herausforderungen mit möglichst wenig Kostenaufwand, dafür mit technischen Lösungen. Seit Ende 2016 ist GIG eine in Berlin registrierte gemeinnützige Organisation.

Initiiert wurde GIG 2013 auf der Internet-Konferenz *re:publica*, als erstmals internationale Redner*innen nach Berlin kamen, um von ihren Perspektiven, Herausforderungen und technologischen Lösungsansätzen zu berichten. Es kam der Wunsch auf, das Momentum der Konferenz in dieser internationalen Zusammensetzung zu nutzen und weiterzuentwickeln. In den vergangenen vier Jahren entstanden einflussreiche nachhaltige Projekte, drei davon stelle ich hier vor:

Das erste **#PeaceHackCamp** fand im Dezember 2015 im Süd-Sudan statt, das zweite im September 2016 in Kolumbien und das dritte zuletzt in Ägypten im vergangenen Mai. Menschen aus der lokalen Umgebung werden für zwei bis drei oder mehr Tage eingeladen, an Workshops zu Medientraining, Innovation und Friedensbildung teilzunehmen. Durch die gemeinsame Erfahrung des Entdeckens und Ausprobierens wird bei den Menschen unterschiedlicher politischer Interessen, ethnischer Herkunft oder anderer Unterschiede gegenseitiges Verständnis etabliert und gefestigt. Gemeinsam entwickeln sie Konzepte für ein nachhaltiges, friedliches Zusammenleben. Eine nachhaltige und einflussreiche Online-Kampagne, die im Südsudan im Rahmen des *PeaceHack-Camp* entwickelt wurde, heißt **#defyhatenow** und richtet sich gegen Hass- und Gewaltaufrufe im Netz. Unter dem Hashtag finden sich auf *Twitter* und *Facebook* Beiträge in Form von Texten, Bildern und Videos, die auf Hassrede hinweisen und die Bevölkerung besonders im Hinblick auf politische Ereignisse sensibilisieren und für ein friedliches Miteinander plädieren.

Zur Unterstützung der digitalen und wirtschaftlichen Transformation in Afrika haben Mitglieder des GIG-Netzwerks die politische Empfehlung **#i4policy** entwickelt und auf dem diesjährigen *Transform Africa*-Gipfel vorgestellt. Zwei der übermittelten Empfehlungen zielen auf die Verbesserungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zugunsten industrieller Entwicklung und Innovation sowie die dafür notwendige Lockerung des regionalen Handels.

Das **#Labmobile** ist ein mobiler Maker- und Hackerspace. Die Idee dazu wurde in Gesprächen innerhalb des Netzwerks geboren, hauptsächlich zwischen Tarek Omar, der in Ägypten den *MakerExpress* realisierte, und Victoria Wenzelmann, die kurzerhand den „blauen Bus“ kaufte, der zurzeit in Griechenland steht. Denn schon kurz nach seiner Initiation bei der diesjährigen *re:publica* und der nachfolgenden *MakerFaire* Berlin ging es quer durch Europa. Im Juni dieses Jahres brachten Victoria und Sam Bloch von der Katastrophenhilfsorganisation *Communitere* das Labmobile von Berlin durch Tschechien, Österreich, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, nach Thessaloniki in Griechenland. Unterwegs machten sie, ganz im Sinne des Austauschs und Community-Building, Halt bei Makerspaces wie dem *Makers Lab* in Prag, *HappyLab* und *Metalab* in Wien, Makerspace in Budapest; aber auch bei Organisationen, die innovative Ansätze verfolgen, um Geflüchtete zu unterstützen, wie das Projekt *OPENmarx* des *Future Lab* der TU Wien oder der *Council of Refugee Women* in Sofia. Zusammen mit einem zur Werkstatt ausgebauten Anhänger bildet das Labmobile während seines Einsatzes in Thessaloniki das *Mobile Resource Center*, das *Communitere* verschiedenen Partnerorganisationen, die mit Geflüchteten und der lokalen Bevölkerung arbeiten, zur Verfügung stellt. Der nachfolgende Einsatz für das Labmobile wird zurzeit geplant. ←

Was ist GIG?

Das *Global Innovation Gathering* (GIG) ist ein Netzwerk für globale Zusammenarbeit auf der Grundlage von Gleichheit, Transparenz, sowie interkulturellem und interdisziplinärem Wissensaustausch. Um mehr Vielfalt in Technologie- und Innovationsprozessen zu ermöglichen, entwickeln Aktivist*innen und Innovator*innen mit starken Wurzeln im globalen Süden offene und nachhaltige Produkte für weltweite Herausforderungen. Weitere Informationen zu diesen und anderen GIG-Projekten gibt es auf www.globalinnovationgathering.org



← GIG 2017 bei der *re:publica* vorm **#Labmobile**



Dr. Johanna Havemann, Jahrgang 2009/10, ist Trainerin im Bereich Wissenschaftskommunikation. Sie arbeitete u.a. für ein wissenschaftliches Startup, ein pan-afrikanisches Wissenschaftsnetzwerk und das Umweltprogramm der Vereinten Nationen. info@access2perspectives.com

Wir feiern 10 Jahre ad hoc international!

Eine Notiz von Christina Hübers,
Geschäftsführerin von nefia e. V.

„Ad hoc international ist eine Zeitschrift, die in kompakter, einfacher Form Wissen vermitteln, zum Nachdenken anregen, Verbindungen schaffen und neues Engagement entwickeln soll“, so beschrieb die Gründerin der ad hoc, Ines Wolfslast, vor zehn Jahren in der ersten Ausgabe unser Anliegen. Damals war die Zeitschrift vor allem als interne Vereinszeitschrift konzipiert worden, aber schon bald zeigte sich, dass unsere Themen und

unsere Herangehensweise auch außerhalb unseres Netzwerks gefragt sind. Schnell entwickelte sich so eine externe Leserschaft. 16 Ausgaben gibt es inzwischen und in jeder einzelnen haben wir mit Hingabe und großem ehrenamtlichem Engagement unterschiedliche Perspektiven auf globale Themen und praktische Erfahrungen unserer Alumni aufgezeigt und geteilt. Darauf sind wir stolz. Im Namen des nefia Netzwerks möchte ich daher allen Chefredakteur*innen, Redaktionsmitgliedern und Autor*innen, die in den vergangenen zehn Jahren zum Gelingen unserer Zeitschrift beigetragen haben, herzlich danken.“



Impressum

ad hoc international

Zeitschrift des Netzwerks für internationale Aufgaben – Stiftungskolleg und Mercator Kolleg Alumni e. V. (nefia), Heft 16, September 2017; ISSN-Print: 2198-4883, ISSN-Online: 2198-4891

Herausgeber: Netzwerk für internationale Aufgaben – Stiftungskolleg und Mercator Kolleg Alumni e. V.

Das Netzwerk für internationale Aufgaben (nefia e. V.) verbindet die aktuellen und ehemaligen Kollegiat*innen des Mercator Kollegs für internationale Aufgaben und des früheren Stiftungskollegs und gibt ihnen ein Forum für den Austausch und die berufliche Kontaktpflege nach der Zeit im Kolleg. Das Mercator Kolleg ist ein Stipendienprogramm, das jährlich 24 deutsche und schweizerische Hochschulabsolvent*innen aller Fachrichtungen, die Führungsaufgaben in internationalen Einsatzfeldern anstreben, fördert. Das Programm wird von der Stiftung Mercator und der Studienstiftung des deutschen Volkes in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt sowie der Stiftung Mercator Schweiz und der Schweizerischen Studienstiftung in Kooperation mit dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten durchgeführt.

Redaktion: Julia Harrer & Waleria Schüle (Chefredaktion), Christina Hübers (Prozessbegleitung), Julia Heundorf (freie Mitarbeiterin), Sarah Bidoli, Janina Grabs, Johanna Havemann, Silvia Danielak, Imme Deecke, Steffen Lohrey, Likki-Lee Pitzten, Renard Teipelke, Sarah Weiß.

Redaktionsanschrift: nefia e. V., Neue Promenade 6, 10178 Berlin, Telefon +49 (0)30 288 733 97, Fax +49 (0)28 873 398, Kontakt: info@nefia.org, www.nefia.org

Bildnachweis: Flickr: Erik Witsoe (Cover), Flickr: Chris Moore (Visualisierung S. 3), Marco Mancani (S. 4), Julia Harrer (S. 5), pixabay: natureaddict (S. 6), pixabay: Gerd Altmann (S. 7), Luke Pegrum (S. 8), Julia Harrer (S. 9), Flickr: Deutsche Welle (S. 10/11), Wikipedia: Adrian Sulc (S. 11 rechts oben), Auswärtiges Amt (S. 12 und 13), Sebastian Gräfe (S. 15, beide), Flickr: Stephen Downes (S. 14/15), Steffen Lohrey (S. 16), pixabay: bones64 (S. 17), Flickr: Andrea Ciamba (S. 18), Unsplash: David Marcu (S. 19), Volksentscheid Fahrrad/Norbert Michalke (S. 20 und 21), Erika Meyer (S. 22), Flickr: Simon Bierwald für Stiftung Mercator (S. 22), User: Foto Rama/Wikimedia Commons (S. 23), Sabang Merauke (S. 24), Flickr: Simon Bierwald für Stiftung Mercator (S. 25), Reiner Gilka-Bötzow (S. 26/27), Carmen Wagle (S. 27), Pawel Chojnacki (S. 28); Porträts: David Ausserhofer (S. 1, beide), David Ausserhofer (S. 3), Yorck von Korff (S. 5), Hertie School of Governance (S. 7), Luke Pegrum (S. 9, Infobox), Borsteinn Kristinnson (S. 9 oben), David Ausserhofer (S. 9 unten), David Ausserhofer (S. 11), Carnegie Endowment for International Peace (S. 13), David Ausserhofer (S. 15), Janina Grabs (S. 17), ZentZ-MZBw (S. 19), David Ausserhofer (S. 21), Harald Rinaldi (S. 23), Borsteinn Kristinnson (S. 25), Sarah Bidoli (S. 27), Johanna Havemann (S. 28)

Bezugsmöglichkeiten: Erscheinungsweise: jährlich, kostenlos, zzgl. Portokosten bei Versand ins Ausland, Erscheinungsform: online und print; Printauflage: 2 000 Exemplare, Anfragen an info@nefia.org

Idee: Ines Wolfslast

Gestaltung: Ungermeyer, grafische Angelegenheiten

Druck: Möller Druck und Verlag GmbH

Danksagung: Diese Publikation wurde von der Stiftung Mercator und der Stiftung Mercator Schweiz gefördert.

Die Beiträge spiegeln die persönliche Meinung der AutorInnen wider.

Förderer und Partner

STIFTUNG
MERCATOR

STIFTUNG
MERCATOR
SCHWEIZ

Partner

Studienstiftung
des deutschen Volkes

Schweizerische Studienstiftung
Fondation suisse d'études
Fondazione Svizzera degli Studi
Fundaziun svizra da studis
Swiss Study Foundation

MERCATOR KOLLEG
FÜR INTERNATIONALE AUFGABEN

ad hoc international

Die *ad hoc international* (kurz: *ad hoc*) ist eine Zeitschrift für internationale Perspektiven, die vom Netzwerk für internationale Aufgaben e. V. (*nefia*) herausgegeben wird. Die Autor*innen aus dem Netzwerk teilen hier ihr Praxiswissen und ihre Erfahrungen zu global relevanten Themen, um so zum Nachdenken und Diskutieren anzuregen.



nefia ist das gemeinnützige Alumni-Netzwerk der ehemaligen Kollegiat*innen des Mercator Kollegs für internationale Aufgaben und des früheren Stiftungskollegs, um nach der Zeit im Kolleg in Kontakt zu bleiben und berufliche Netzwerke zu pflegen. In Veranstaltungen und Publikationen geben wir unser Praxis- und Expert*innenwissen zu global relevanten Themen weiter und unterstützen als Partner des Mercator Kollegs die aktuellen Kollegiat*innen bei der Planung und Durchführung ihres Kollegjahres.

Noch nicht genug gelesen?

Mehr *ad hoc* in unserem Archiv:

<https://nefia.org/publikation-ad-hoc/ad-hoc-archiv>

→ *Demo mit dem Handy:*

Im Juli protestierten zehntausende Menschen in Polen für eine unabhängige Justiz.

